

# E+Z

Monatliches e-Paper

ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT  
AND COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

Februar 2016

**Grundschulen**  
In Guatemala  
bleibt noch  
viel zu tun

**Klimapolitik**  
Auch nach Pariser  
Abkommen sind viele  
Fragen noch offen

**Welthandel**  
Was der WTO-Gipfel in  
Nairobi erreicht und  
nicht erreicht hat



**Globale  
Flüchtlingskrise**

## Schwerpunkt: Globale Flüchtlingskrise

### Verfehlte Politik

Viele Lateinamerikaner versuchen, über Mexiko in die USA zu gelangen. Beide Länder profitieren von den Migranten, setzen aber dennoch auf Abschottung, moniert die Friedensforscherin **Virginia Mercado**. [Seite 14](#)

### Aufgabe des Jahrzehnts

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, **Gerd Müller**, beschreibt Herausforderungen und Lösungsansätze zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise. [Seite 16](#)

### Neuer Flüchtlingsschutz

Europa gibt in der Flüchtlingskrise bisher kein gutes Bild ab. Es muss sich jetzt schnell eine „Koalition der Willigen“ bilden, die den Flüchtlingsschutz in Europa neu organisiert, findet **Karl Kopp** von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. **Ndongo Samba Sylla** von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar findet die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten absurd. [Seiten 19 und 22](#)

### Leben im Stillstand

Vielen Flüchtlingen ist durch anhaltende Gewalt eine Rückkehr in ihr Heimatland für Jahre oder gar Jahrzehnte unmöglich. **Raphael Sungu**, Mitarbeiter einer humanitären Organisation, sieht, dass die Langzeit-Flüchtlinge im Lager Kakuma in Kenia auf Dauer jeglichen Lebensmut verlieren. Auch die Lebensbedingungen der Binnenvertriebenen in Nigeria sind schwierig, berichtet die Journalistin **Damilola Oyedele**. [Seiten 23 und 27](#)

### Hilfsbedürftige willkommen

In der Autonomen Region Kurdistan im Irak leben rund zwei Millionen Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft und Religion. Die Jiyar-Stiftung unterstützt sie medizinisch, psychotherapeutisch und sozial. Katja Dombrowski sprach mit ihrem Gründer **Salah Ahmad**. [Seite 30](#)

### Schwierige Situation

Pakistan ist das Land mit den zweitmeisten Flüchtlingen weltweit. Angesichts vieler Herausforderungen wird Islamabad nicht allen Pflichten gerecht, schreibt **Waqas Mir**, Anwalt am High Court in Lahore. [Seite 33](#)

### Glückssuche im Ausland

Viele Akademiker verlassen Afrika Richtung Europa, weil es in der Heimat kaum Arbeitsplätze gibt. Drei Menschen aus Uganda berichteten der Journalistin **Isabella Bauer**, was sie im Ausland erlebt haben. [Seite 36](#)

## Editorial

# Abschottung ist keine Lösung

➔ Viele europäische Länder haben sich lange feig herausgehalten, aber Flucht ist kein neues Thema. Seit Jahren macht das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) auf das weltweite Problem aufmerksam: 60 Millionen Vertriebene gab es 2014 laut den aktuellsten zuverlässigen Daten – die höchste je dokumentierte Zahl. Das sind rund 8 Millionen mehr als 2013 und 22 Millionen mehr als 2004. 2014 waren mehr als die Hälfte Kinder. Den größten Teil – 38 Millionen – bildeten die sogenannten Binnenvertriebenen. Sie flohen innerhalb ihres eigenen Landes.

Laut UNHCR waren mit 7,6 Millionen 2014 in Syrien die meisten Menschen innerhalb ihres Landes vertrieben, gefolgt von Kolumbien (6 Millionen) und Irak (3,6 Millionen). Angesichts der aktuellen Situation, die keinerlei Hoffnung auf eine Lösung der Konflikte in Syrien und anderswo in Nahost verheißt, werden diese Zahlen weiter steigen. Die Fluchtkrise, die in Europa seit vorigem Jahr Schlagzeilen macht, kam nicht aus heiterem Himmel. Seit fünf Jahren tobt ein unbarmherziger Krieg in Syrien, dem die Zivilbevölkerung schutzlos ausgeliefert ist. Afghanistan und Irak sind derweil dysfunktionale Staaten, in denen Terrorbanden wie ISIS und die Taliban ihr Unwesen treiben.

Viele Menschen aus Syrien und Afghanistan sind bereits in Nachbarländer geflohen. Die Türkei, Pakistan und Libanon sind die Länder, die weltweit die meisten ausländischen Flüchtlinge aufgenommen haben. Die Bedingungen in den Lagern in Syriens Nachbarländern verschlechtern sich jedoch zunehmend, was den Massenexodus nach Europa antreibt.

Dass UN-Organisationen seit Monaten über Finanzmangel klagen und teils sogar Essensrationen kürzen mussten, ist ein Skandal. Das Leben in den Lagern ist immer schwerer zu ertragen. In ihren Heimatländern sehen die Flüchtlinge aber keine Perspektive für sich und ihre Kinder. Hoffnungslosigkeit hat Folgen: Manche jungen Leute beginnen mit Extremisten zu sympathisieren und schließen sich Terrorgruppen an. ISIS und die Taliban rekrutieren Kämpfer in den Lagern. Viel mehr Menschen aber machen sich auf den Weg nach Europa, das paradisiisch reich und friedlich wirkt.

Doch Welch einen Empfang bietet ihnen Europa! Zehntausende Menschen fanden seit dem Jahr 2000 den Tod an europäischen Grenzen. Allein 2015 starben rund 3700 Menschen im Mittelmeer. Die EU bietet keine legale Einreisemöglichkeit. Als vergangenes Jahr das Leid der Vertriebenen endlich einer breiten europäischen Öffentlichkeit bewusst wurde, hieß Bundeskanzlerin Angela Merkel Flüchtlinge in Deutschland grundsätzlich willkommen. Dies brachte ihr international viel Anerkennung ein. Zuvor hatte sich schon die deutsche Zivilgesellschaft mit erstaunlichem ehrenamtlichen Engagement bemüht, Flüchtlinge menschenwürdig zu empfangen.

Weil der Zustrom der Flüchtlinge nicht abreißt, spürt Merkel nun Gegenwind – sogar aus der eigenen Partei. Forderungen nach einer Flüchtlingsobergrenze oder Grenzschließungen hält sie – zu Recht – für nicht menschenrechtskonform. Europas Regierungen stehen in der Pflicht. Sie predigen Entwicklungsländern ständig, dass die Menschenrechte eingehalten werden müssen. Die EU muss sich aber selbst an diese Prinzipien halten. Wenn sie sich aus purer Bequemlichkeit davor drückt, verliert sie in Afrika, Asien und Lateinamerika weiter an Glaubwürdigkeit und Einfluss. Muslimische Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus kann sie so auch nicht motivieren. ←



**Sabine Balk**  
ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

**Monitor**

Laut UNESCO hat die „Bildung für alle“-Kampagne ihre Ziele nicht erreicht / Harte Arbeitsbedingungen in Myanmar  
Bekleidungsindustrie / ISIS nutzt Wasser als Waffe / Warum der Bürgerkrieg in Syrien derart eskaliert / Neue Muster von Bürgerkrieg und Gewalt / Heutzutage: Privatschulen in Indien / Impressum **4**

**Schwerpunkt: Globale Flüchtlingskrise**

*Virginia Mercado:*  
Wenn die Reise in die USA Gefahren in sich birgt **14**

*Gerd Müller:*  
Die Aufgabe dieses Jahrzehnts **16**

*Karl Kopp:*  
Europa braucht eine kohärente Vorgehensweise zur Aufnahme von Flüchtlingen **19**

*Ndongo Samba Sylla:*  
In afrikanischen Augen ist die Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen absurd **22**

*Raphael Sungu:*  
Im Lager Kakuma in Kenia werden Menschen zu Nummern reduziert und sehen in ihrem Leben keinen Sinn **23**

*Damilola Oyedele:*  
Die Not von Nigerias Binnenflüchtlingen **27**

*Interview mit Salah Ahmad:*  
Die Jiyān-Stiftung hilft Flüchtlingen und Gewaltopfern im kurdischen Nordirak **30**

*Waqqas Mir:*  
Pakistan ist überfordert und die Behörden nehmen ihre Pflichten nicht wahr **33**

*Isabella Bauer:*  
Manche afrikanische Akademiker suchen ihr Glück im Ausland **36**

**Tribüne**

*Patricia Galicia:*  
Guatemalas Grundschulen spiegeln die Ungleichheit der Gesellschaft wider **40**

*Interview mit Thomas Loster:*  
Offene Fragen nach der Einigung auf den Pariser Klimavertrag **42**

*Hans Dembowski:*  
Die WTO ist uneins und bewegt sich nur ganz langsam voran **44**

**Debatte**

Kommentare zu den saudisch-iranischen Spannungen und zu Burundis eskalierender Krise **46**



GudrunLux

**Schulsorgen in Guatemala**

Die Journalistin **Patricia Galicia** berichtet, warum fast 20 Prozent von Guatemalas Kindern nicht zur Schule gehen, und spricht über den Aufstieg von Privatschulen mit **Carlos Aldana**, einem früheren stellvertretenden Bildungsminister. Indigene Gemeinschaften sind besonders benachteiligt. **Seiten 40 und 41**

**„Uns läuft die Zeit weg“**

Beim UN-Gipfel in Paris im Dezember ist ein neues Klimaabkommen beschlossen worden, aber viele wichtige Aspekte sind ungelöst. Hans Dembowski sprach mit **Thomas Loster**, Direktor der Münchener Rück Stiftung, der die Klimaverhandlungen seit 20 Jahren beobachtet. **Seite 42**

**Debatte**



Zaanaani/AP Photo/picture-alliance

**Strampeln gegen den Abstieg**

Alte Spannungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran intensivieren sich wieder. Indem Saudi-Arabien einen führenden schiitischen Geistlichen hinrichten ließ, hat das Land rücksichtslos Öl ins Feuer gegossen, sagt der Wissenschaftler **Maysam Behravesh**. **Seite 46**



Monitor

picture-alliance/dpa

## Weltbildungsbericht

# Bildung für alle nicht erreicht

**Auf dem Weltbildungsforum 2000 in Dakar haben 164 Staaten eine ambitionierte Agenda beschlossen, die bis 2015 umgesetzt sein sollte. Wichtigstes Ziel des Aktionsprogramms „Bildung für alle“ (Education for all – EFA) war universelle Grundschulbildung. Es ist auch in die Millennium Development Goals (MDGs) eingegangen. Trotz nennenswerter Fortschritte hat die internationale Gemeinschaft Bildung für alle nicht erreicht. Der Bericht wertet das EFA-Aktionsprogramm insgesamt als Teilerfolg.**

Laut dem von der UNESCO in Auftrag gegebenen Evaluierungsbericht hat die EFA-Initiative an Bedeutung verloren, nachdem die MDGs zur bestimmenden Agenda für Entwicklung geworden waren. Dadurch sei universelle Grundschulbildung stark in den Mittelpunkt gerückt. Die Autoren schreiben, dass dieses Ziel

sich vor allem an die ärmsten Länder richtete, für andere sei es weniger relevant gewesen. Andere wichtige Bereiche hätten durch den Fokus auf Grundschulzugang weniger Aufmerksamkeit bekommen, zum Beispiel Bildungsqualität, frühkindliche Bildung und die Alphabetisierung Erwachsener.

Der Bericht verweist aber auch auf große Fortschritte in den vergangenen 15 Jahren. Demnach hat sich die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die nicht zur Schule gehen, fast halbiert. Zudem habe sich das Monitoring von Bildungsfortschritten verbessert. Den größten Erfolg sehen die Autoren bei der Geschlechtergleichheit, vor allem im Bereich der Grundschulbildung. Eine Ungleichbehandlung der Geschlechter bestehe jedoch noch immer in fast einem Drittel der Länder, für die entsprechende Daten vorliegen.

Auch in anderen Bereichen gibt es noch Handlungsbedarf. Im Bericht heißt es: „Insgesamt wurde [...] nicht einmal das Ziel des universellen Zugangs zu Grundschulbildung erreicht, geschweige denn die ehrgeizigeren EFA-Ziele. Die am stärksten Benachteiligten sind nach wie vor diejenigen, die am wenigsten von den Fortschritten profitieren.“ Der Bildungsbereich sei immer noch unterfinanziert, da ihm nur wenige Regierungen Priorität einräumten. Außerdem hätten die Geberländer die Mittel für Bildung seit 2010 zurückgefahren und konzentrierten sich auch nicht auf die Länder, die sie am nötigsten hätten.

## Stagnierende Einschulungsrate

Universelle Grundschulbildung wird als wichtigster EFA-Indikator angesehen.



*In Nordbangladesch betreiben NGOs Schulen auf Booten, die von einem Ort zum anderen fahren, um Kinder zu unterrichten, die keine andere Schule besuchen können.*

arabischen Raum, und ihr Anteil nimmt weiter zu.

Der Evaluierung zufolge sind die ärmsten und am meisten benachteiligten Menschen immer noch am weitesten davon entfernt, universelle Grundschulbildung zu erreichen. Schätzungsweise waren die Chancen auf eine vollumfängliche Grundschulbildung für die Kinder des reichsten Fünftels der Familien 2010 fünfmal so hoch wie für das ärmste Fünftel. Dieses Verhältnis habe sich seit 2000 nur leicht verbessert. Geschlecht, Wohnort und ethnische Zugehörigkeit wirkten sich ebenfalls auf den Zugang zu Bildung aus.

Die Autoren fordern, in den kommenden zehn Jahren die Anstrengungen verstärkt auf benachteiligte und marginalisierte Kinder zu richten, vor allem auf jene, die behindert sind oder in Konfliktgebieten leben. Außerdem müsse neben dem Zugang zu Bildung auch deren Qualität stärker in den Fokus rücken. Qualitätsverbesserungen könnten öffentliche Bildungssysteme zu Vehikeln für den gesellschaftlichen Aufstieg – vor allem für benachteiligte Gruppen – machen. Schließlich mahnen die Autoren eine bessere Finanzierung auf allen Ebenen an.

*Katja Dombrowski*

Die Einschulungsrate ist weltweit von 84 Prozent im Jahr 1999 auf 91 Prozent im Jahr 2007 gestiegen. Seitdem stagniert sie jedoch. Es wird damit gerechnet, dass sie 2015 bestenfalls 93 Prozent erreicht. Schulabbrüche sind ebenfalls ein Problem: In 32 Ländern, vor allem in Afrika südlich der Sahara, wird es jedes fünfte Kind, das

zur Schule geht, voraussichtlich nicht bis zur letzten Klasse schaffen.

Notsituationen und bewaffnete Konflikte halten Kinder insbesondere vom Schulbesuch ab. 36 Prozent der Kinder, die keine Schule besuchen, leben in von Konflikten betroffenen Regionen, vor allem im

#### Links:

**Weltbericht „Bildung für alle“ 2015**

**deutsche Kurzfassung:**

[http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/2015\\_GMR\\_deutsche\\_Kurzfassung\\_Bildung\\_f%C3%BCr\\_alle\\_2000-2015\\_Bilanz.pdf](http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/2015_GMR_deutsche_Kurzfassung_Bildung_f%C3%BCr_alle_2000-2015_Bilanz.pdf)

**englische Langfassung:**

<http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002322/232205e.pdf>

## Ziele des EFA-Aktionsprogramms

Sechs international vereinbarte Ziele sollten dazu führen, den Bildungsbedarf aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen bis 2015 zu decken.

**Ziel 1:** Die frühkindliche Bildung soll ausgebaut und verbessert werden, insbesondere für benachteiligte Kinder.

**Ziel 2:** Alle Kinder – insbesondere Mädchen, Kinder in schwierigen Lebensumständen und Kinder, die zu ethnischen Minderheiten gehören – sollen Zugang zu

unentgeltlicher, obligatorischer und hochwertiger Grundschulbildung erhalten und diese auch abschließen.

**Ziel 3:** Die Lernbedürfnisse Jugendlicher und Erwachsener sollen durch Zugang zu Lernangeboten und Training von Basisqualifikationen abgesichert werden.

**Ziel 4:** Die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen, besonders unter Frauen, soll um 50 Prozent erhöht werden. Der Zugang Erwachsener zu Grund- und Wei-

terbildung soll gesichert werden.

**Ziel 5:** Bis 2005 soll die Ungleichheit zwischen Jungen und Mädchen in der Primar- und Sekundarbildung überwunden werden. Bis 2015 soll Gleichberechtigung der Geschlechter im gesamten Bildungsbereich erreicht werden, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lernchancen für Mädchen liegen muss.

**Ziel 6:** Die Qualität von Bildung muss verbessert werden.

# Faire Arbeitsbedingungen und Löhne

**Die Textilindustrie in Myanmar boomt. Nach Jahrzehnten der politischen und wirtschaftlichen Isolation öffnet sich das Land, und immer mehr globale Modekonzerne lassen in seinen Fabriken produzieren. Während ausländische Investitionen willkommen sind und die Textilindustrie das Wirtschaftswachstum ankurbelt, profitieren die Arbeiterinnen kaum davon.**

➔ 2014 machten jede Woche im Schnitt zwei Textilfabriken auf. Inzwischen verfügt Myanmar über rund 300 Fabriken, in denen fast 900 000 Menschen beschäftigt sind. 90 Prozent von ihnen sind junge Frauen. Zu den Auftraggebern gehören globale Konzerne wie H&M und Aldi, Primark und Jack Wolfskin.

Recherchen von Oxfam zufolge stecken die Näherinnen in der Armut fest, obwohl sie sechs Tage die Woche bis zu elf Stunden täglich arbeiten. Oxfam untersuchte im vergangenen Sommer 22 Fabriken in Industriegebieten in der Region Yangon.

Im September 2015 wurde ein Mindestlohn von 83 Dollar pro Monat eingeführt. Das ist der niedrigste Mindestlohn aller Länder mit Bekleidungsindustrie mit Ausnahme von Bangladesch, wo er 68 Dollar beträgt (siehe Asadullah und Wahhaj in E+Z/D+C e-Paper 2016/01, S. 32 ff.). Oxfam begrüßt die Einführung eines Mindestlohns. Den Ergebnissen der Studie „Textilindustrie in Myanmar: Hungerlöhne für unsere Kleidung“ zufolge reicht seine Höhe jedoch nicht aus, um den Grundbedarf der Arbeiterinnen und ihrer Familien zu decken. Fast die Hälfte der befragten Näherinnen gaben an, Schulden gemacht zu haben, um grundlegende Dinge zu bezahlen.

Die Sicherheit ist ebenfalls ein großes Problem. Mehr als ein Drittel der Textilarbeiterinnen haben sich nach eigenen Angaben bei der Arbeit bereits verletzt. Viele haben Angst vor Feuer in den Fabriken, da Notausgänge häufig blockiert oder gar verschlossen seien.



Textilarbeiterin in Myanmar.

Den Erkenntnissen Oxfams zufolge sind viele Näherinnen verbaler Gewalt durch ihre Vorgesetzten ausgesetzt, die sie zu schnellerem Arbeiten antreiben. Fast jede vierte gab an, zu Überstunden gezwungen zu werden, zum Teil ohne Bezahlung. Einige Befragte mussten ohne Mittagspause und bis in die Nacht hinein arbeiten, um die hochgesteckten Produktionsziele zu erreichen.

Fehlende Rechtsstaatlichkeit, unzureichende Gesetze und mangelnder Respekt für die Rechte von Arbeitnehmern tragen zu den schlechten Arbeitsbedingungen in Myanmars Fabriken bei. Sollten diese sich nicht verbessern, befürchten die Autoren schlimme Unfälle, soziale Unruhen und Menschenrechtsverletzungen. Oxfam ruft internationale Konzerne und ihre Zulieferer dazu auf, die Rechte der Arbeiterinnen zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben führen können.

Daher sollten internationale Auftraggeber:

- die Standorte ihrer Zulieferfabriken veröffentlichen, um eine unabhängige Überprüfung der Arbeitsbedingungen zu ermöglichen,
- die Fabriken dabei unterstützen, die Arbeiterinnen regelmäßig zu schulen und ausreichend zu informieren,
- dafür sorgen, dass Zulieferfabriken den Mindestlohn zahlen können und auch Verhandlungen für Löhne oberhalb des Mindestlohns möglich sind,

- Lieferfristen so setzen, dass die Arbeiterinnen keine unzumutbaren Überstunden machen müssen,
- langfristige Beziehungen zu ihren Zulieferfabriken aufbauen, damit diese eine dauerhafte Belegschaft aufbauen können, und
- Kurzzeit-Jobs in den Zulieferfabriken verhindern oder zumindest stark limitieren.

Produzenten und Einkäufer sollten:

- zulassen, dass unabhängige Gewerkschaften mit Arbeitgebern über Löhne verhandeln, auch auf der Ebene einzelner Fabriken,
- die Belegschaft regelmäßig in Arbeitssicherheit schulen,
- den Einsatz von Sicherheitsbeauftragten zulassen und fördern und
- Wege schaffen, auf denen Arbeiterinnen Gefahren und Missstände anonym melden können.

Myanmars Textilindustrie ist gerade erst dabei, groß zu werden. Laut Oxfam haben die Verantwortlichen die Wahl: Entweder lassen sie das Land zum nächsten ausbeuterischen Billiglöhland für die Textilbranche werden. Oder sie lernen aus den Fehlern anderer Niedriglohnländer und schaffen eine faire Industrialisierung, von der alle profitieren. *Katja Dombrowski*

## Link:

**Made in Myanmar:** Entrenched poverty or decent jobs for garment workers?

[https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file\\_attachments/bp209-made-in-myanmar-garment-workers-091215-en.pdf](https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp209-made-in-myanmar-garment-workers-091215-en.pdf)

# Wasser als Waffe

**Für die Terrororganisation ISIS hat die Wasserversorgung in den von ihr eroberten Gebieten im Irak und in Syrien strategische Bedeutung. ISIS nutzt das Wasser als Waffe gegen feindliche Truppen, aber auch zur Festigung der Herrschaft.**

➔ Tobias von Lossow von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) beschäftigt sich in einer Studie damit, in welcher Weise ISIS die Wasservorkommen in der wasserarmen Region instrumentalisiert. Er stellt fest, dass die „Einnahme großer Talsperren an Euphrat und Tigris neben der Eroberung von Ölfeldern ein wesentlicher Bestandteil der Expansionsstrategie“ von ISIS ist, da die Dämme eine

pen, Areale zu überfluten oder das Trinkwasser zu verunreinigen. ISIS hat bereits alle drei Methoden mehrfach eingesetzt, schreibt der SWP-Wissenschaftler. Sowohl in Syrien als auch im Irak habe ISIS Gemeinden, Städte oder ganze Provinzen zeitweise von der Wasser- und Stromversorgung abgeschnitten. Als Beispiel nennt von Lossow die überwiegend von Christen bewohnte Stadt Qaraqosh im Nordirak, die ISIS im Juni 2014 regelrecht isolierte. Auch für Überschwemmungen nennt der Autor Beispiele, etwa nach der Einnahme des Falluja-Damms im April 2014, wonach ISIS durch die Schließung von Schleusen eine Überflutung weiter Gebiete oberhalb der Staumauer verursachte. Damit traf ISIS unter anderem Einrichtungen der

Mosul-Damms im August 2014 durch ISIS weltweit große Sorge ausgelöst, denn von dem größten Stausee im Irak hängt immerhin fast die Hälfte der Stromversorgung des Landes ab. Eine Sprengung des Damms hätte die Stadt Mosul ausgelöscht und selbst im 400 Kilometer entfernten Bagdad noch große Flutschäden angerichtet.

Laut von Lossow betrachten die UN den zunehmenden Einsatz von Wasser als Kriegswaffe mit großer Besorgnis, haben dem aber wenig entgegenzusetzen. Übliche Maßnahmen wie Ächtung, Appelle oder Sanktionen griffen bei ISIS nicht. Einzig ein militärisches Eingreifen der Anti-ISIS-Koalition habe bisher Wirkung gezeigt. Mehrfach zielten Luftschläge darauf ab, die irakische Armee oder kurdische Einheiten bei der Verteidigung von Dämmen zu unterstützen, wie im Fall von Haditha 2014 und 2015. Auch die Rückeroberung des Mosul-Damms gelang den irakischen und kurdischen Bodentruppen nur dank massiver Luftunterstützung des Westens.

Obwohl die „Waffe Wasser“ sehr wirkungsvoll sei, habe ihr Einsatz dennoch Grenzen, erklärt der Autor. Denn ISIS verstehe sich nicht nur als Miliz, sondern habe die Errichtung eines Kalifats als Ziel, das staatliche Dienstleistungen bereitstellt. Eine Zerstörung der Wasserinfrastruktur komme also für ISIS nicht infrage. Außerdem benötige ISIS das Wasser zur Gewinnung und Verarbeitung von Rohöl, das der Organisation als Einnahmequelle dient. ISIS hat nach Ansicht des SWP-Wissenschaftlers aber das Problem, selbst nicht ausreichend Expertise zu besitzen, um diese komplexen Anlagen fachgerecht zu betreiben. Deshalb beschäftige ISIS teils die bereits tätigen Fachleute weiter.

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass ISIS den strategischen Einsatz von Wasser als Waffe auf ein neues Niveau gehoben habe. Davon werde „gezielt, systematisch, konsequent und gleichzeitig flexibel“ Gebrauch gemacht. *Sabine Balk*

## Link:

Von Lossow, T.: Wasser als Waffe: Der IS an Euphrat und Tigris.  
[http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A94\\_Isw.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A94_Isw.pdf)



Ein kurdischer Kämpfer schützt den Mosul-Damm.

Steuerung der Wasserressourcen in der Region ermöglichen. 2014 nahm ISIS auf den Gebieten am irakischen Oberlauf von Euphrat und Tigris in teils verlustreichen Gefechten fast alle bedeutenden Staudämme ein. Die Miliz konnte nicht alle Anlagen dauerhaft halten, aber mehrere große Staudämme, etwa die bei Falluja, Samarra und Ramadi, befinden sich noch in ihren Händen.

Dabei versucht ISIS, die Wasserressourcen gezielt militärisch zu nutzen. Laut von Lossow gibt es dafür drei Möglichkeiten: die Wasserversorgung zu kap-

irakischen Regierung. Auch eine Verunreinigung von Trinkwasser führte ISIS durch, indem die Milizionäre im Dezember 2014 gezielt Trinkwasser im Balad-Distrikt südlich von Tikrit mit Rohöl kontaminierten, schreibt von Lossow.

Er erklärt weiter, dass Wasser auch von militärtaktischem Nutzen sein könne. So könnten Gebiete überschwemmt werden, um heranrückende Gegentruppen aufzuhalten. Auch könne die Kontrolle über die lebensnotwendige Ressource wirkungsvoll Druck auf den Gegner ausüben. So habe etwa die vorübergehende Eroberung des

# Viele Dimensionen

**Syrien war einst eines der stabilsten Länder im Nahen Osten, heute wütet dort ein erbitterter Bürgerkrieg. Welche Ursachen er hat, wer die treibenden Kräfte sind und warum der Konflikt so schwer zu lösen ist, analysiert detailliert eine aktuelle Studie.**

→ Der Syrienkonflikt begann 2011 als zivile Protestbewegung gegen das repressive Regime von Bashar al-Assad, erinnert Samer N. Abboud in seinem Buch „Syria“. Der Autor mit syrischen und libanesischen Wurzeln ist Professor an der Arcadia-Universität in Pennsylvania. Er zeigt auf, wie Bashar al-Assad zunehmend jegliche unabhängige politische und gesellschaftliche Aktivitäten unterdrückt hat.

Deshalb waren zum Zeitpunkt der Aufstände kaum mehr Strukturen vorhanden, um die Aktivisten zu organisieren und um ihren Forderungen nach einem politischen Wandel eine Stimme zu geben, erklärt der Autor. Die Proteste, die nach und nach auf das ganze Land übergriffen, entwickelten sich zu einer dezentralen, relativ unorganisierten Bewegung. Das Regime reagierte mit massiver Gewalt und der Ankündigung von kosmetischen Reformen. Diese sollten wohl guten Willen zeigen, konnten laut Abboud von den Aufständischen jedoch nicht akzeptiert werden. Viele Oppositionelle waren gezwungen, das Land zu verlassen, andere griffen zu den Waffen. Dem Versuch von Exil-Syrern, eine politische Opposition außerhalb des Landes aufzubauen und mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft einen Sturz von Bashar al-Assad zu erzwingen, fehlte die Legitimation in Syrien, erklärt der Autor.

Einen Anlauf, die Opposition zu bündeln, unternahm laut Abboud die Free Syrian Army (FSA), die Überläufer der syrischen Armee gegründet hatten. Ihre Versuche, die bewaffneten Gruppen zu koordinieren, scheiterten aber an Führungsstreitigkeiten und fehlender finanzieller und materieller Hilfe, sagt der Autor. Während die internationale Gemeinschaft sich auf keine Strategie einigen konnte, ob oder wie die Opposition bewaffnet werden sollte, verlor die FSA immer mehr Kämp-

fer an besser ausgerüstete extremistische Gruppen. Diese hätten dank der Unterstützung privater Geber aus den Golfstaaten meist bessere militärische Kapazitäten und könnten soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

Auch weitere Versuche, oppositionelle Gruppen unter einem Dach zu vereinen, scheiterten nach Ansicht Abbouds an der Einflussnahme der Regionalmächte wie z.B. die Türkei, Katar und Saudi-Arabien, die den Konflikt in Syrien zu einem Stellvertreterkrieg machten. Dazu tragen aber



auch Länder wie Russland und Iran bei, die wiederum das Assad-Regime unterstützen. Da jedes Land eigene geostrategische Interessen vertrete, bekämpften sich die von ihnen finanzierten Gruppen gegenseitig. Kriegsökonomie, Kriegspolitik und Klientelpolitik verdrängten die ursprünglichen Ziele des Protests, schlussfolgert Abboud.

Die humanitäre Katastrophe in Syrien, die Ausbreitung von ISIS und die damit verbundenen zunehmenden Flüchtlingsströme setzten die internationale Gemeinschaft immer mehr unter Druck. Doch bisherige zögerliche Versuche, den Krieg in Syrien in Friedenskonferenzen (Genf I und II) zu beenden, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, meint Abboud – unter anderem, weil die internationale Gemeinschaft es nicht geschafft habe, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen.

Aus der ursprünglichen Forderung nach politischem Wandel in Syrien sei ein vielschichtiger, internationaler Konflikt geworden. Aber die ursprüngliche Idee lebe innerhalb des Konflikts weiter, wie Abboud erläutert: Aus Familien- und Nachbarschaftshilfe gehe eine neue Zivilgesellschaft hervor. Engagierte Menschen hätten vielerorts zentrale Funktionen übernommen: Laut dem Wissenschaftler haben sie Organisationsstrukturen für Aktivisten geschaffen und als Bürgerjournalisten der Protestbewegung eine Stimme gegeben. Sie haben als Aufbauhelfer für medizinische Versorgung und Schulbildung gesorgt und de facto Regierungs- und Verwaltungsaufgaben in Regionen übernommen, in denen ein Macht-

*Auch die internationale Allianz gegen ISIS trägt zur weiteren Verschärfung des Syrienkonflikts bei: durch russische Luftangriffe Anfang Januar zerstörte Schule in Aleppo.*

vakuum entstanden ist. Der Autor fordert, dass die Erfahrungen dieser Aktivisten bei einem Wiederaufbau des Landes genutzt werden müssen.

Je mehr sich der Konflikt jedoch zu einem Stellvertreterkrieg entwickle, desto weniger Möglichkeiten hätten die Syrer selbst, die Krise zu lösen, befürchtet Abboud. Dies sei aber unabdingbar. Denn eine Lösung des Konflikts kann nach Ansicht des Autors nur von den Syrern selbst kommen. Die Unterstützer des Friedensprozesses müssten darüber hinaus die vielschichtigen Aspekte des Konflikts angehen. Außerdem muss der grausame Krieg gegen Zivilisten schnellstmöglich gestoppt werden.

*Dagmar Wolf*

## Literatur:

Abboud, S. N., 2016: Syria. Cambridge: Polity Press.



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen. Wir informieren in unseren Tweets über unsere Beiträge und andere Dinge, die unser Produkt betreffen.



www.twitter.com/forumdc

The screenshot shows the Twitter profile for 'D+C Development + Cooperation'. The profile picture is a photograph of a busy outdoor market with people and stalls. The bio reads: 'D+C Development and Cooperation is a monthly magazine with a website and the identity of German twin D+Z. RTs are not always endorsements.' The location is 'Frankfurt, Germany' and the website is 'dandc.eu'. The profile statistics are: 7,443 tweets, 1,679 followers, 4,111 following, 184 favorites, and 7 lists. A recent tweet is visible: 'Global Brainstorming Project: #Art project with & about #refugees from #Syria and #Palestine ow.ly/TJEFm'. The tweet includes a photo of a public art installation with people sitting on the ground. On the right side of the profile, there are sections for 'Neu bei Twitter?' with a 'Registrieren' button, and 'Vielleicht gefällt Dir auch...' with a list of suggested accounts including AERI\_Group, The Global Fund, African Union, Africa Renewal, UN, and giz.



# Transformation der Kriegsführung

**Die Art, wie Kriege und bewaffnete Konflikte geführt werden, verändert sich. Drohnen und Roboter werden immer wichtiger.**

Viele Experten sehen in Konflikten eine Störung des Globalisierungsprozesses. Teresa Koloma Beck von der Berliner Humboldt-Universität widerspricht dem und meint, für die Menschen vor Ort sei es genau andersherum. Greifen internationale Streitkräfte in ihrem Land ein, werden sie plötzlich mit ausländischen Truppen und Organisationen konfrontiert.

Der Kontext ist nach Ansicht Becks entscheidend. In Angola beispielsweise gab es eine internationale Intervention in einer Post-Konflikt-Situation mit dem Ziel der Friedenssicherung. Diese hat nach Becks Beobachtung bei den Menschen vor Ort eine positive Vorstellung von Globalisierung gefördert. Wenn eine militärische Intervention allerdings einen laufenden Konflikt beenden soll, kann dies eine Eskalation der Gewalt und die Ablehnung der ausländischen Truppen hervorrufen. Das Beispiel Afghanistan zeige, dass die globalisierte Welt oft als ein System von Hierarchie und Asymmetrie erlebt werde. Wegen der angespannten Sicherheitslage blieben die Mitglieder der internationalen Streitkräfte von den Einheimischen getrennt, was die Probleme verstärkte.

In klassischen Kriegen waren früher üblicherweise die Staaten selbst Hauptakteure, heute setzen Konfliktparteien laut Conrad Schetter vom Bonn International Center for Conversion (BICC) zunehmend auf Netzwerke. Im Zeitalter der Globalisierung und des Internets nehme Propaganda eine immer wichtigere Rolle ein, vor allem in Social-Media-Netzwerken. Legitimität in der Öffentlichkeit zu haben sei eine wichtige Ressource.

Nach den gescheiterten und kostspieligen Einsätzen in Afghanistan und im Irak scheuten westliche Regierungen inzwischen davor zurück, Bodentruppen in konfliktbetroffene Länder zu schicken, sagt

Max Mutschler vom BICC. Bürger wollten nicht, dass ihre Landsleute im Krieg stürben, vor allem, da die strategischen Ziele in der Regel nicht erreicht würden.

Dementsprechend werde der Kampf gegen die Terrormiliz ISIS im Irak und in Syrien heute mithilfe von Luft- und Droh-

nen während einer von BICC organisierten Konferenz in Bonn im Oktober warnte Schorning, dass eine „unbemannte Kriegsführung“ zu einer „Ära der geheimen Interventionen“ führe. Er fordert strengere Regeln und Kriterien bezüglich der Verwendung von unbemannten Systemen. Roboter und Drohnen könnten moderne



Cros/picture-alliance/ZUMA Press

*Soldaten führen Wartungsarbeiten an einer Drohne der US-Streitkräfte in Kandahar, Afghanistan, im Dezember 2015 durch.*

nenangriffen durchgeführt. Militärische Interventionen unterliegen einem technologischen Wandel, bei dem zunehmend Roboter Menschen ersetzen. Laut Niklas Schorning vom Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) besitzt eine wachsende Zahl von Ländern Militärroboter. Diese Kampfmaschinen ermöglichen es, den Krieg aus der Ferne zu führen und die Zahl der Opfer in den eigenen Truppen zu reduzieren. Laut Schorning haben auch nichtstaatliche Gruppen begonnen, selbstgebaute Kurzstrecken-Drohnen einzusetzen, die zwar technisch weniger weit fortgeschritten seien als die der regulären Armeen, aber dennoch verheerend sein können. Einfache Drohnen böten somit ein günstiges Mittel für diese Gruppen, den Staat anzugreifen.

Kriegsführung von ihren geographischen Dimensionen entkoppeln und die Öffentlichkeit ablenken. Schließlich seien Bürger meistens um die Sicherheit der Soldaten ihres eigenen Landes besorgt.

Ohne physischen Kontakt am Boden blieben darüber hinaus eine Missachtung der Menschenrechte und ein Bedarf an humanitären Maßnahmen oft unbemerkt. Das jüngste Beispiel für die Wichtigkeit einer weltweiten Medien-Aufmerksamkeit ist Madaja. In der seit Monaten belagerten syrischen Stadt verhungern die Menschen. Nachdem ihr Leiden weltweit bekannt wurde, wurde eine humanitäre Mission möglich, da die Konfliktparteien sich um ihr öffentliches Image sorgten.

*Floreana Miesen*

# Heutzutage: Um jeden Preis

In Indien haben staatliche Schulen wie in vielen anderen Ländern keinen guten Ruf. Deshalb gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Privatschulen. Viele Eltern sparen sich dafür das Geld vom Mund ab, in der Hoffnung, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Rahul besucht eine Privatschule in einem wohlhabenden Vorort von Kolkata. Sein Vater ist Hilfsarbeiter in einem kleinen Laden im Norden Kolkatas, und seine Mutter kocht im Haus anderer Leute. Sie kämpfen darum, über die Runden zu kommen. Dennoch haben sie sich, als Rahul noch jung war, für eine Privatschule entschieden, die Englisch unterrichtet.

Heute geht Rahul in die 5. Klasse, und sein Vater musste einen

Bankkredit aufnehmen, damit Rahul auf der Schule bleiben kann. Die Eltern bezahlen ihm außerdem private Nachhilfestunden, damit Rahul mit seinen Klassenkameraden, die einen besseren finanziellen Hintergrund haben, mithalten kann.

Roopa arbeitet als Köchin in fünf Haushalten in Nord-Delhi. Ihre drei Kinder haben staatliche Schulen besucht. Ihre älteste Tochter Gauri hat zwei Kinder und schickt sie an Privatschulen, wo sie 1400 Rupien im Monat zahlen muss. Das entspricht 200 Euro. Dabei lag das durchschnittliche Jahreseinkommen in Indien 2013 bei umgerechnet 1100 Euro. Gauri muss von der Hand in den Mund leben, um die Schulgebühren zu bezahlen. Aber ihrer Ansicht nach ist es das

wert, „wenn die Kinder dadurch eine bessere Zukunft bekommen“.

Dies sind keine Einzelfälle. Seit dem Indiens Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten expandiert, legen immer mehr arme Eltern Geld zur Seite, um ihre Kinder in Privatschulen zu schicken. Sie hoffen, dass diese dadurch bessere Berufsaussichten bekommen und der Armut entfliehen können. Viele Leute, deren Kinder staatliche Schulen besuchen, bezahlen für zusätzlichen Privatunterricht. Das Verständnis, dass Bildung im Leben wichtig ist, setzt sich immer mehr durch.

Laut Indiens Verfassung ist der Schulbesuch verpflichtend und kostenlos für alle Kinder zwischen sechs und 14 Jahren. Schulische Bildung wird sowohl vom staatlichen als auch vom Privatsektor bereitgestellt. Der Ruf staatlicher Schulen ist jedoch schlecht. Die Gründe dafür sind viele Fehlzeiten der Lehrer, eine unzureichende Infrastruktur und der Schwerpunkt auf lokalen indischen Sprachen.

„Kenntnisse der Landessprachen sind wichtig, aber um einen guten Job in Indien zu finden, muss man fließend Englisch



sprechen“, erklärt Mayuresh Banerjee, ein IT-Spezialist, der selbst eine staatliche Schule besuchte, der seine Kinder aber auf eine Missionarsschule schickt. Es gibt eine Vielzahl von Privatschulen – einige sind nicht sehr teuer, andere verlangen saftige Gebühren.

Dennoch halten nicht alle Privatschulen für notwendig. Der Autoriksha-Fahrer Surendar Kumar aus Delhi sagt: „Ich konnte mir nur die staatliche Schule leisten, aber ich finde, meine Kinder haben das gut hingekriegt. Ich gebe zu, dass ich ihnen einige Privatstunden bezahlt habe, aber ich glaube, dass ein Kind in jeder Umgebung lernen kann, wenn es das wirklich will.“

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

**Roli Mahajan**

ist freie Journalistin und Fotografin.

Sie lebt in Neu-Delhi.

[roli.mahajan@gmail.com](mailto:roli.mahajan@gmail.com)



## Impressum

**E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**  
56. Jg. 2015  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
ISSN 2366-7249

**Herausgeberin:**



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH**

Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
<http://www.engagement-global.de>

**Beirat:**

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

**Verlag:**

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführer:**  
Oliver Rohloff

**Anschrift von Verlag**

**und Redaktion:**  
Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**Redaktion:**

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 01-43 66,  
Fax (0 69) 75 01-48 55,  
[euз.editor@fs-medien.de](mailto:euз.editor@fs-medien.de)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

**Grafik und Layout:** Jan Walter Hofmann

**Übersetzung:**

Eleonore von Bothmer, Carola Torti

**Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:**

Klaus Hofmann (verantwortlich)  
Tel. (0 69) 75 01-48 27  
Fax (0 69) 75 01-45 02  
[zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de](mailto:zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de)

**Druck:**

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

**Bezugspreise für Druckausgabe:**

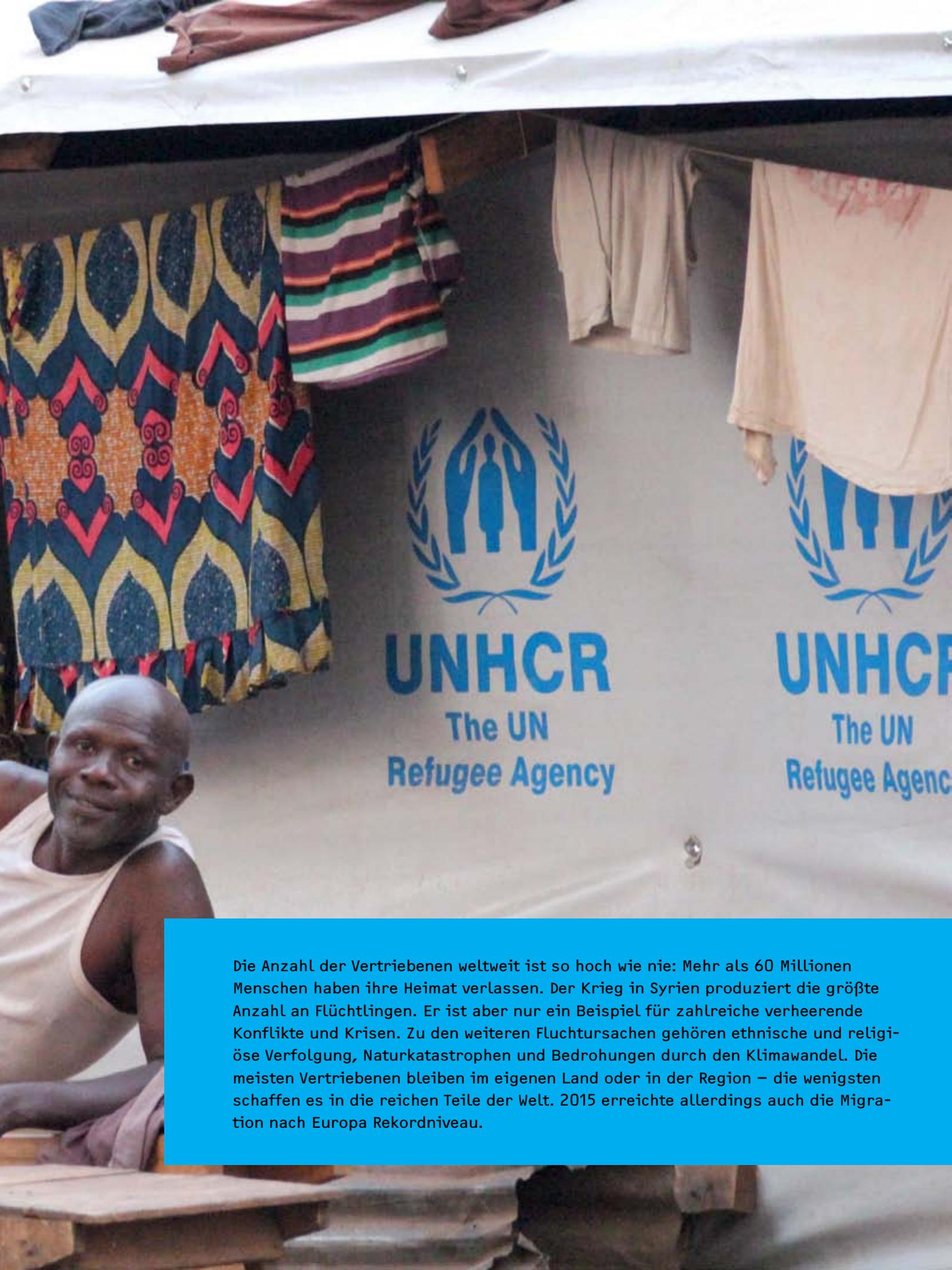
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

*Flüchtling im Lager Centre Jean XXIII für  
Binnenvertriebene in Bangui, Zentralafrikanische Republik.*

# Globale Flüchtlingskrise





Die Anzahl der Vertriebenen weltweit ist so hoch wie nie: Mehr als 60 Millionen Menschen haben ihre Heimat verlassen. Der Krieg in Syrien produziert die größte Anzahl an Flüchtlingen. Er ist aber nur ein Beispiel für zahlreiche verheerende Konflikte und Krisen. Zu den weiteren Fluchtursachen gehören ethnische und religiöse Verfolgung, Naturkatastrophen und Bedrohungen durch den Klimawandel. Die meisten Vertriebenen bleiben im eigenen Land oder in der Region – die wenigsten schaffen es in die reichen Teile der Welt. 2015 erreichte allerdings auch die Migration nach Europa Rekordniveau.

# Gefährliche Reise

Als Nachbarland der USA ist Mexiko zu einem Transitland für viele Lateinamerikaner geworden: Es steht zwischen der Armut und oft konstantem bewaffneten Konflikt in der Heimat und dem Traum von einem besseren Leben im Ausland. Die beiden Nachbarländer Mexiko und USA profitieren von den Migrationsströmen. Politisch setzen sie aber vor allem auf Abschottung.

## Von Virginia Mercado

➔ Wer in Mexiko oder Zentralamerika kein Geld und keine Papiere besitzt, dem bleibt häufig kein anderer Ausweg aus Not und Gewaltkonflikt, als sich illegal in die USA schleusen zu lassen. Viele vertrauen auf ihr Glück und bieten den Schleusern – „coyotes“ („Kojoten“) genannt – eine hohe Geldsumme, nicht selten ihre gesamten Ersparnisse, damit diese sie an die Tür zum vermeintlichen Paradies bringen.

Laut Oxfam kommen rund 65 Prozent der in den USA lebenden Lateinamerikaner aus Mexiko, aber nur weniger als ein Viertel von ihnen hat die US-Staatsbürgerschaft. Die Migranten stammen zumeist aus ländlichen und ärmlichen Gegenden, in denen das Bildungsniveau niedrig ist. Das Lohnniveau in den USA ist bis zu achtmal so hoch wie hier.

Der Staat Mexiko profitiert von den Geldrücksendungen der Auswanderer an ihre Familien. Schätzungen der Banco de México zufolge machen diese Überweisungen rund 1,8 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Aber auch die USA profitieren von der Situation. Mexikanische Arbeiter ohne Aufenthaltspapiere erwirtschaften hier rund vier Prozent des BIP, so der Jahresbericht 2013 zu Migration und Rücksendungen der Bank BBVA und dem staatlichen Institut CONAPO (Consejo Nacional de Población) in Mexiko.

## Ein Jahrhundert der Migration

Die Auswanderung von Mexiko in die Vereinigten Staaten hat eine lange Geschichte. Die Politik der USA war dabei oft widersprüchlich. Das Land versucht einerseits, seinen stetigen Bedarf an billigen Arbeitskräften, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, zu decken. Gleichzeitig möchte die Politik den Anschein erwecken, durch harte Einwanderungspolitik lokale Arbeitsplätze für US-Amerikaner zu schützen. Die mexikanische Regierung wiederum zeigte sich bisher unfähig, die Lebensbedingungen der Bürger so zu verbessern, dass sie den ersehnten Wohlstand nicht mehr im Ausland suchen müssen.

In den 20er Jahren warben vor allem die nordamerikanischen Landwirtschaftsbetriebe Arbeiter aus

Mexiko an. Zu nicht wirklich vorteilhaften Konditionen: Damals wurden den Arbeitern die Kosten für ihre Überführung angerechnet, und sie durften das Land nicht verlassen, bevor sie ihre Schulden zurückgezahlt hatten.

Im darauffolgenden Jahrzehnt ging die Nachfrage zunächst etwas zurück, doch als der Zweite Weltkrieg die US-Wirtschaft ankurbelte und neuen Wohlstand brachte, wurden erneut Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigt. Abermals nahm der Staat eine widersprüchliche Politik an: Einerseits wurde das Zeitarbeitsprogramm „Bracero“ gestartet, das Landwirtschaftsbetriebe mit mexikanischen Arbeitern versorgen sollte. Gleichzeitig wurde die Grenze zunehmend militärisch abgeriegelt – ein Trend, der bis heute anhält.

Mitte der 60er Jahre war die mexikanische Arbeitskraft für den nordamerikanischen Markt nicht mehr unbedingt nötig, doch die wechselseitige Beziehung hatte sich bereits etabliert, und die USA beschäftigten weiter mexikanische Einwanderer. Nur 2009, während der großen Rezession wegen der Weltfinanzkrise, nahm der Strom der Migranten leicht ab. Viele in den USA lebende Mexikaner sahen sich damals gezwungen, in ihre Heimat zurückzukehren.

Andererseits plagt Mexiko seit einigen Jahren der brutale Konflikt zwischen Drogenbanden und Sicherheitskräften. Zehntausende wurden getötet und Massen aus ihrer Heimat vertrieben. In Zentralamerika sorgen „Mara“-Banden für ständige Gewalt, so dass sich auch dort viele Menschen wünschten, sie lebten an einem sichereren Ort. Tatsächlich versucht eine hohe Zahl der Menschen, durch Mexiko in die USA zu reisen. Das ist gefährlich und in keiner Weise idyllisch.

## Gefährliche Reise durch Mexiko

Daten des Nationalen Migrationsinstituts aus Mexiko zeigen, dass die Zahl der Zentralamerikaner 2005 und 2006 einen Höhepunkt erreichte, bis 2010 aber wieder zurückging und sich bei rund 140 000 solcher gezählten „Ereignisse“ stabilisierte. Die Herkunftslän-



Maung

der sind vor allem Guatemala, Honduras und El Salvador. Zwar sind über 90 Prozent davon Erwachsene, in den letzten Jahren ist allerdings auch die Zahl der Minderjährigen gestiegen. Oft sind es Jugendliche, die Gewalt und Perspektivlosigkeit entfliehen wollen. Die meisten von ihnen reisen allein.

Eine der Gefahren auf ihrem Weg durch Mexiko sind die Willkür und Korruption der Behörden. Der Zeitschrift *Letras Libres* zufolge werden Migranten – sowohl Zentralamerikaner als auch Mexikaner – in Mexiko häufig Opfer von Freiheitsberaubung, Diebstahl, Erpressung und Bestechung durch Staatsbeamte. In den USA wiederum sind die häufigsten Menschenrechtsverletzungen unrechtmäßige Inhaftierung, Isolation sowie Schläge und Beleidigungen, was vermutlich oft einen rassistischen Hintergrund hat.

Behördliche Vergehen sind aber auf beiden Seiten der Grenze nicht das einzige Risiko. Migranten sind auch der organisierten Kriminalität schutzlos ausgeliefert, die in Regionen wie Guerrero, Michoacán, Veracruz oder Estado de México besonders ausgeprägt ist.

Der katholische Priester Alejandro Solalinde, der sich für die Rechte von Migranten einsetzt und im Bundesstaat Oaxaca ein Migrantenwohnheim namens „Hermanos en el camino“ gegründet hat, ist über diese Zustände empört. Er übt heftige Kritik an den Banden, aber auch der mexikanischen Regierung, da sie zentralamerikanische Migranten verfolgen und misshandeln.

Es gibt viele andere zivilgesellschaftliche Akteure in Mexiko, die sich für die zentralamerikanischen Einwanderer einsetzen. Besonders erwähnenswert sind „Las Patronas“, eine Gruppe von Hausfrauen aus dem Bundesstaat Veracruz. Sie haben sich zusammenge-

tan, um den Mitreisenden des berühmt-berüchtigten Zugs „La bestia“ („Die Bestie“) zu helfen. Ungeachtet ihrer eigenen finanziellen Situation, kochen sie und geben den erschöpften Reisenden Essenspakete mit. Sie machen dies seit Jahren ohne Bezahlung, weil sie es – wie sie selber sagen – als ihre christliche Pflicht ansehen.

## Politik der nationalen Sicherheit

Die Migrationspolitik beider Seiten beschränkt sich bisher darauf, die Grenzen zu schließen und die militärische Präsenz zu verstärken – alles unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit. Doch es lässt sich keine Verbesserung beobachten. Die Lebensbedingungen in Mexiko werden nicht besser und die Verzweiflung, die so viele Menschen zum Auswandern bewegt, bleibt.

Die mexikanische Regierung scheint vor allem besorgt, dass der Strom an Geldrücksendungen aus den USA abebben könnte. Die wirtschaftlichen Reformen, die Präsident Enrique Peña Nieto nach Amtsantritt 2012 mit großen Versprechen einleitete, haben jedenfalls nicht gefruchtet. Die Kaufkraft scheint zu sinken, die Mittelschicht verarmt zusehends und die Landwirtschaft wird komplett vernachlässigt. Die ungleiche Verteilung des Reichtums ist offensichtlich. Dazu kommen allgegenwärtige Gewalt und Unsicherheit durch die organisierte Kriminalität.

Die Medien nähren den Traum von einem besseren Leben in den USA noch zusätzlich. Die Bilder aus Filmen, Fernsehserien und Musik sind im Vergleich zum Leben in Mexiko verlockend und nahezu unwiderstehlich. In Zentralamerika ist ihre Wirkung dieselbe. ←

*Versuch illegaler Einwanderung an der US-Grenzstation in San Diego, Kalifornien.*



**Virginia Mercado** ist Wissenschaftlerin an der Universidad Autónoma del Estado de México und Lehrkraft für Friedens- und Entwicklungsstudien.  
virmercado@yahoo.com.mx

# Aufgabe dieses Jahrzehnts

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation, Gerd Müller, beschreibt Herausforderungen und Lösungsansätze zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise.

Von Gerd Müller

→ Die Krise in Syrien ist die sichtbarste, aber nicht die einzige, die weltweit zu den rasant steigenden Flüchtlingszahlen führt. Erst vor kurzem habe ich beispielsweise Eritrea besucht. Aus dem abgeschotteten Land im Nordosten Afrikas kommen die meisten afrikanischen Flüchtlinge zu uns – 25 000 waren es im vergangenen Jahr. Das Land steht vor dem Exodus seiner Jugend. Hauptfluchtursache ist der nationale Wehr- und Arbeitsdienst, zu dem junge Männer und Frauen auf faktisch unbegrenzte Dauer zwangsverpflichtet werden.

Ob in Eritrea oder Afghanistan, Syrien oder Südsudan – die Menschen, die ihre Heimat verlassen, haben eines gemeinsam: Sie sehen zu Hause keine Perspektive mehr. Sie fliehen vor Konflikten und Kriegen, vor Terror, Gewalt und Diskriminierung. Auch Armut und Arbeitslosigkeit oder die Folgen des Klimawandels – Überschwemmungen, Dürren, Hungersnot – zwingen Menschen dazu, anderswo ein neues Leben aufzubauen.

Die Flüchtlingsströme werden in unmittelbarer Zukunft nicht abreißen und sie einzudämmen wird das beherrschende Thema dieses Jahrzehnts sein. Wir müssen dort investieren, wo die Probleme herkommen, denn sonst kommen sie zu uns.

Wir stellen uns dieser Herausforderung: Ich habe den Haushalt umgeschichtet und neue Mittel hinzugewonnen. In diesem Jahr werden wir Zusagen in Höhe von rund 3 Milliarden Euro für neue Vorhaben machen können: für direkte Flüchtlingshilfe, für die Unterstützung von Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen, und für die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir fokussieren Länder und Regionen, aus denen viele Flüchtlinge zu uns kommen, sei es Syrien oder der Nahe Osten, Nord- und Ostafrika, Nigeria, die Ukraine, der Balkan, Pakistan oder Afghanistan.

Befragungen, die das UN-Flüchtlingswerk vergangenes Jahr in Griechenland unter 1200 syrischen Flüchtlingen durchgeführt hat, zeigen deutlich, wo wir ansetzen müssen: Es sind vor allem die gut aus-

gebildeten, jungen Menschen, die aus Syrien fliehen. Ob sie im ersten Aufnahmeland bleiben oder in ein anderes EU-Land weiterziehen, hängt entscheidend davon ab, ob sie einen Arbeitsplatz finden. Deshalb ist die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in den Aufnahmeländern so wichtig. Denn auch wenn im vergangenen Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge zu uns nach Deutschland gekommen sind, dürfen wir nicht vergessen, dass der überwiegende Teil der Flüchtlinge in ihren Nachbarländern bleibt. Dort haben sie meist keinen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Um das zu ändern, setze ich in diesem Jahr eine „Beschäftigungsoffensive Nahost“ um, die Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten bietet, etwa über ein „Cash-for-Work-Programme“ in der Türkei, dem Irak, im Libanon oder in Jordanien. Von diesen Programmen sollen möglichst viele Männer und Frauen profitieren, sei es durch einfache Arbeit beim Straßen- und Gebäudebau, aber auch als Lehrer, Erzieher, Krankenpfleger oder Arzt. Diese Programme stärken die kommunale Infrastruktur und wirken wie eine Konjunkturspritze. Vor allem aber können sich die Flüchtlinge wieder selbst versorgen.

In Jordanien konnte ich mir ein genaues Bild davon machen, was die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen für das Land bedeutet: Hier leben mittlerweile rund 630 000 syrische Flüchtlinge – das sind fast 10 Prozent im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Landes. Ungefähr 80 000 Flüchtlinge befinden sich in Za'atari – einem Camp, das wir perspektivisch zu einer Stadt mit guter Basisversorgung entwickeln müssen. Der Großteil ist jedoch im Norden des Landes untergekommen. Dort haben sich in einigen Gemeinden die Einwohnerzahlen innerhalb eines Jahres verdoppelt. Die meisten Einheimischen helfen den Flüchtlingen, wie und wo sie nur können.

Doch mit den vielen Flüchtlingen kommen auch große Herausforderungen auf die aufnehmenden Städte und Gemeinden zu: Die Wasserversorgung in ohnehin wasserarmen Gegenden muss sichergestellt



Axel Heimken/picture-alliance/dpa

Die deutsche Bevölkerung unterstützt Flüchtlinge: Meist freiwillige Helfer kümmern sich um Kinder in einem Betreuungszelt nahe des Hamburger Hauptbahnhofs.



Axel Heimken/picture-alliance/dpa

werden; die Flüchtlinge benötigen Wohnraum, Schulen, Nahrungsmittel und eine Gesundheitsversorgung.

Uns ist wichtig, dass diese Hilfe sowohl den Flüchtlingen wie auch den Einheimischen zugutekommt, um Spannungen untereinander zu verhindern. Wenn wir beispielsweise die lokale Wasser- und Gesundheitsversorgung für die ganze Gemeinde verbessern, dann steigt dort auch die Bereitschaft, Flüchtlinge zu unterstützen.

Mit deutschen Mitteln wurden mittlerweile 800 000 Menschen in Jordanien mit Wasser und 200 000 Menschen mit Strom versorgt. 15 000 Men-

schen im Irak konnten eine Beschäftigung aufnehmen. 520 000 Kinder im Libanon, in Jordanien, den Palästinensischen Gebieten, der Türkei und im Nordirak können wieder die Schule besuchen.

### Wiederaufbau: Bereit sein für „Tag X“

Ich sehe positive Signale, dass die laufenden Verhandlungen zu einem Waffenstillstand in Syrien führen könnten. Gleichzeitig müssen wir bereits jetzt den Wiederaufbau des Landes planen. Das wird ein



Grabowski/Photothek

Innerhalb Deutschlands setze ich auch auf starke Partner aus dem nichtstaatlichen Bereich: Gemeinsam mit Handwerk und Handel werden wir beispielsweise in diesem Jahr 1000 jungen Flüchtlingen zu einer Ausbildung verhelfen. Dabei geht es uns vor allem um Berufe, die auch für den Wiederaufbau in den Herkunftsländern der Flüchtlinge dringend benötigt werden.

Viele NGOs, die Kirchen, Stiftungen und private Initiativen helfen entschlossen. Gemeinsam mit Misereor und der Jiyan Foundation erhalten schwer traumatisierte Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien Unterstützung, um nur eines von vielen mutigen Beispielen zu nennen.

gewaltiger Kraftakt – für das syrische Volk, für Syriens Nachbarn und für uns als internationale Gebergemeinschaft. Das Land ist weitgehend zerstört, die städtische Infrastruktur liegt in Trümmern.

Wir stehen bereit, am „Tag X“ sofort unsere Infrastrukturprojekte auf Syrien auszuweiten. Kurzfristig muss für das Überleben der Menschen gesorgt werden. Dann müssen Schulen gebaut, Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Land braucht wirtschaftliche Impulse, Investitionen in Infrastruktur und neue Institutionen. Hier müssen wir auch das große Potenzial der syrischen Flüchtlinge nutzen. Deswegen werde ich verstärkt Flüchtlinge fördern, die sich für ihre Rückkehr in die Heimat vorbereiten, etwa mit Krediten, mit denen sie sich eine wirtschaftliche Existenz aufbauen können.

Aber nicht nur für Syrien, sondern auch für die befreiten Gebiete im Irak brauchen wir einen solchen „Marshallplan“.

Um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen, bedarf es gemeinsamer Schritte Europas und der internationalen Gemeinschaft. Leider erleben wir derzeit auch eine Solidaritätskrise. Europa hat in den vergangenen Monaten ein schlechtes Bild abgegeben – und das liegt auch daran, dass es keine klaren Zuständigkeiten gibt. Deshalb fordere ich einen eigenen EU-Sonderbeauftragten für Flüchtlinge. Er braucht ausreichendes Personal, Kompetenzen und Finanzen, und er muss schnellstmöglich ein Konzept zur Bewältigung der Flüchtlingskrise auflegen. Zudem benötigen wir einen 10-Milliarden-Euro-Infrastrukturfonds der EU für alle Länder, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen – vom Nahen Osten bis nach Schweden.

Aber nicht nur Europa, sondern auch andere Staaten und Regionen halten sich zu sehr zurück. Es ist ein Skandal, dass die Hilfsprogramme der Vereinten Nationen (UNICEF, UNHCR, WFP) nicht genügend Mittel haben, um die Flüchtlinge mit dem Allernotwendigsten versorgen zu können. Deutschland hat seine Unterstützung im vergangenen Jahr auf zirka 700 Millionen Euro erhöht, und wir werden in diesem Jahr auf mindestens diesem Niveau bleiben.

Auch die Kommunen in Deutschland möchte ich in ihrem entwicklungspolitischen Engagement noch stärker unterstützen. Denn sie können alles, was Städte und Gemeinden in Entwicklungsländern bei der Versorgung der Flüchtlinge benötigen: Krankenhäuser und Schulen einrichten, Abfall entsorgen, Abwasser klären und Trinkwasser aufbereiten. Vor allem aber wissen sie, wie man eine bürgernahe, dezentrale Verwaltung organisiert – entscheidend beim Wiederaufbau.

Aber auch die Regierungen der Herkunftsländer müssen Verantwortung übernehmen, etwa durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung der Korruption und Unterstützung der Zivilgesellschaft. So fordere ich bei meinen Reisen die Regierungen mit Nachdruck auf, eigene Beiträge zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu leisten. Dabei scheue ich auch vor schwierigen Themen nicht zurück, wie etwa die Menschenrechtsprobleme in Eritrea.

*Gerd Müller besucht eine Flüchtlingsfamilie in einem Zeltlager im Libanon.*



**Gerd Müller**  
ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.  
<http://www.bmz.de>

## Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik

Entwicklungspolitik ist durch die aktuelle Herausforderung in einer neuen Dimension gefordert. Die Akteure der Zivilgesellschaft leisten einen großartigen Beitrag. Über die aktuellen Maßnahmen hinaus muss allen Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft spätestens jetzt klar geworden sein: Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik und bedarf einer wesentlichen Stärkung.

Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Der Gipfel in New York mit der Verabschiedung der SDG-Agenda und der Klimagipfel in Paris setzen die Wegmarken für eine gerechte Partnerschaft der Staaten und Völker, für den Schutz des Planeten und unseres Klimas.

In der neuen Welt – in unserem globalen Dorf – hängt alles mit allem zusammen. Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, ist die derzeitige Flüchtlingskrise nur der Beginn großer Umwälzungen. <

# Am Nullpunkt

„Europa ist in keiner guten Verfassung“, konstatierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im Europaparlament am 8. September 2015. Nach den tiefen Rissen in der sogenannten Euro-Krise verschärfen sich die innereuropäischen Konflikte in der Flüchtlingskrise dramatisch – auf dem Rücken der Schutzsuchenden.

Von Karl Kopp

➔ Seit Sommer 2015 gilt die „größte Flüchtlingskrise nach dem Zweiten Weltkrieg“ (UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR) als die größte Herausforderung für Deutschland und Europa. Die Unwilligkeit der 28 Staaten, Schutzsuchende würdig und solidarisch aufzunehmen, hat den Staatenverbund in eine Existenzkrise gestürzt. Europa verrät seine Werte wie Freiheit, Gleichheit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der von Minderheiten.

Die jetzige desolante EU-Flüchtlingspolitik zeigt wie im Brennglas, wie sie immer war: Zurückprügeln von Flüchtlingen an der bulgarischen und griechischen Grenze zur Türkei, erniedrigende Behandlung von Schutzsuchenden in EU-finanzierten Haftanstalten und Elendslagern sind in der EU seit Jahren an der Tagesordnung. Diese Missstände wurden von den EU-Staaten zum Teil wohlwollend in Kauf genommen, vor allem aber von den EU-Institutionen nicht konsequent geahndet.

Sichtbar werden jetzt auf schmerzhafter Weise alle Versäumnisse bei der sogenannten Vergemeinschaftung des Asylrechts. Fakt ist: Es gibt kein gemeinsames europäisches Asylsystem, obwohl die EU-Staaten seit 1999 daran bauen. Das real existierende Schutzsystem in der EU jedoch ist löchriges Flickwerk; ein menschenrechtskonformes gemeinsames Asylrecht liegt in weiter Ferne.

Ausdruck der jahrelangen tiefgreifenden Krise der europäischen Asylpolitik ist das sogenannte Dublin-System, das maßgeblich den EU-Staaten an den Außengrenzen die Verantwortung für die Asylverfahren zuweist. Es gilt weiterhin das alte Muster: Europa einigt sich schnell bei der Fortentwicklung der Abwehrpolitik, ist aber heillos zerstritten, wenn es um die Flüchtlingsaufnahme geht.

Am Beispiel Syrien hätte etwas Weitsicht genügt, um zu erkennen, dass es in den Nachbarstaaten keine

Ein von der Grenzschutzagentur Frontex koordinierter Einsatz gegen Schleuser an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt (Oder).



ZB/picture-alliance



Flüchtlingscamp Moria  
an der griechischen  
Küste.

Schutzkapazitäten mehr gibt. Im fünften Jahr des Mordens geben Schutzsuchende die Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr auf. Vier Millionen leben unter schwierigen bis elenden Bedingungen im Libanon, in der Türkei und in Jordanien. Die humanitäre Hilfe in den Hauptaufnahmestaaten ist chronisch unterfinanziert. Immer wieder sind die UN-Organisationen gezwungen, die Essensrationen für die Flüchtlinge zu reduzieren. Trotz Bürgerkrieg in Syrien seit März 2011, Massenflucht vor dem IS-Terror im Irak, Libyens Abgleiten in den Bürgerkrieg, der katastrophalen Situation in Afghanistan und Somalia oder der repressiven Diktatur in Eritrea dachte Europa, es könnte bei der Flüchtlingsaufnahme Zaungast bleiben. Diese Haltung ist spätestens seit 2015 obsolet.

### Recht auf Leben unter Vorbehalt

„Wie viele Tote noch? Europäische Seenotrettung jetzt!“, appellierte PRO ASYL bereits im Sommer 2014 an das Europaparlament. Die Menschenrechtsorganisation fordert explizit die Schaffung eines europäischen Seenotrettungsdienstes und legale, gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge, um das Sterben an Europas Grenzen zu beenden. Diese Forderung zeigt, dass sich Flüchtlingsarbeit dramatisch verändert hat: Es geht um Leben oder Tod! Im Jahr 2014

wurden etwa 150 000 Flüchtlinge durch die italienische Marineoperation Mare Nostrum gerettet und dennoch starben über 3500 Bootsflüchtlinge. Anstatt diese Operation auszubauen, ist Mare Nostrum Ende Oktober 2014 durch eine europäische „Lightversion“ namens Triton ersetzt worden.

Die von der EU-Grenzschutzagentur Frontex geführte Operation hatte einen sehr reduzierten Etat. Zugleich wurde das Operationsgebiet drastisch verkleinert. Die Folgen waren absehbar: Weniger Rettung heißt, dass noch mehr Menschen sterben – Triton wurde zur Sterbebegleitung. Erst als im April 2015 über 1000 Menschen innerhalb weniger Tage im zentralen Mittelmeer starben, war der internationale Aufschrei so groß, dass die Staats- und Regierungschefs der EU reagieren mussten. Sie hoben Triton finanziell und räumlich wieder auf das Level von Mare Nostrum. Auch wenn seitdem wieder mehr Menschen gerettet werden, geht das Sterben weiter. Bis heute müssen deshalb viele Rettungseinsätze über zivilgesellschaftliches Engagement sichergestellt werden. Initiativen wie Sea-Watch, Ärzte ohne Grenzen oder Migrant Offshore Aid Station (MOAS), die jeweils mit Rettungsbooten im Einsatz sind, leisten – genauso wie das Alarmphone für Bootsflüchtlinge in Seenot – dort unschätzbare Hilfe, wo die europäischen Staaten ihrer humanitären Verpflichtung nicht nachkommen

## Tote Flüchtlinge

Die Flüchtlinge kommen überwiegend auf dem gefährlichen Seeweg. Im Jahr 2015 verzeichneten Italien und Griechenland über eine Million Bootsflüchtlinge – im gleichen Zeitraum starben 3700 Männer, Frauen und Kinder im Mittelmeer und im türkisch-griechischen Seegebiet. 856 723 Bootsflüchtlinge sind auf den griechischen ägäischen Inseln angekommen –

circa 800 Menschen kamen bei der Überfahrt ums Leben. Über 90 Prozent der Schutzsuchenden flohen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. In Italien kamen 153 600 Bootsflüchtlinge 2015 an. Angesichts der Fluchtroute kommen 26 Prozent der Schutzsuchenden aus Eritrea, 8 Prozent aus Somalia, 6 Prozent aus dem Sudan – nur 5 Prozent sind Syrer.

Um in der EU Schutz zu finden, müssen Flüchtlinge ihr Leben riskieren, weil die Mitgliedsstaaten keine legalen und gefahrenfreien Fluchtwege offerieren. Die Landesgrenzen in Griechenland (2012) und Bulgarien (2013/2014) zur Türkei wurden sukzessive nahezu hermetisch abgeriegelt. Die fatale Bilanz: Mindestens 30 000 Tote verzeichnet das europäische Grenzregime seit dem Jahr 2000.

Doch selbst für die Überlebenden der Überfahrt geht das Martyrium nach der Ankunft an den Küsten Europas weiter. „Es stehen ihnen“, so das UNHCR am 4. September 2015, „Chaos, Demütigungen, Ausbeutung und Gefahren an den Grenzen bevor.“ Ab Juli 2015 konnte die Öffentlichkeit dieses Flüchtlingsleid mitverfolgen – in täglichen Liveschaltungen von den griechischen Urlaubsinseln Lesbos und Kos, aus dem griechisch-mazedonischen Grenzgebiet und die gesamte Balkanroute entlang. Die humanitäre Katastrophe wurde lückenlos dokumentiert: Erschöpfte Menschen, darunter viele Kinder, laufen immer weiter in Richtung Zentrum der EU – obdachlos, ohne medizinische Versorgung, ohne gesicherte Essenversorgung und unter himmelschreienden hygienischen Verhältnissen. Tägliche Appelle von Initiativen, Menschenrechtsorganisationen und der UN, den Entrechteten zur Hilfe zu kommen, blieben ungehört.

Griechenland hatte mehr oder weniger nur einen Laufkorridor durchs Land eröffnet, aber diesen nicht humanitär ausgestattet. Schnelle und konzertierte Katastrophenhilfe von Seiten der EU oder Ad-hoc-Initiativen der Mitgliedstaaten, um den Schutzsuchenden diesen Marsch zu ersparen und sie legal weiterreisen zu lassen, blieben aus. Überwiegend private Initiativen mussten und müssen das nackte Überleben der Flüchtlinge entlang der Elendstrecke sichern.

## Blaupausen aus Brüssel

Am 9. September 2015 legte die EU-Kommission vollmundig ein „umfassendes Vorschlagspaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vor, mit denen die EU-Mitgliedstaaten und die Nachbarländer konfrontiert sind“. Weitere 120 000 Personen, die „eindeutig internationalen Schutz benötigen“, sollen vor allem aus Griechenland und Italien auf die Mitgliedstaaten innerhalb von zwei Jahren umverteilt werden. Vorher wurden bereits 40 000 Notumverteilungen aus den beiden EU-Staaten beschlossen. Außerdem sind vorgesehen: eine effizientere Organisation der Rückkehrpolitik und die Stärkung des Mandats von Frontex im Bereich der Abschiebungen. Die britische Zeitung Guardian hat den Kommissionsansatz so zusammengefasst: „Juncker redet davon, Flüchtlinge willkommen zu heißen, und macht Europa gleichzeitig zu einer Festung.“

Am 22. September 2015 haben die EU-Innenminister dem Vorschlag zugestimmt, insgesamt 160 000 Schutzsuchende vorwiegend aus Griechenland und Italien umzuverteilen – gegen den Willen einiger EU-Staaten. In Folge versuchte die EU, den Dissens zu kitten – durch gemeinsame Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr: Der Druck auf Griechenland, die Seegrenze zu schließen, wird immer stärker. Außerdem wird die Türkei hofiert, um Schutzsuchende an der Weiterreise zu hindern.

Schutzsuchende, die in Griechenland oder Italien landen, sollen dort zunächst in sogenannten Hotspots festgehalten und registriert werden. Hotspots und der

Notumverteilungsmechanismus sollen das längst gescheiterte Dubliner Asylzuständigkeitssystem ergänzen und künstlich am Leben halten.

In einer Situation, in der nur noch wenige EU-Staaten Flüchtlinge in nennenswerter Zahl aufnehmen, erscheinen diese Konzepte fast alternativlos. Tatsächlich aber sind sie realitätsfern und menschenrechtlich höchst problematisch. Hotspots in Griechenland und Italien – und bei Änderung der Fluchtrouten auch anderswo – werden die Misere an Europas Rändern nicht beenden. Stattdessen: viele offene Fragen und die Befürchtung, dass dort perspektivisch neue Haftzentren entstehen, in denen Flüchtlinge auf unabsehbare Zeit festgesetzt werden.

In den Hotspots sollen Flüchtlinge mit guten Schutzperspektiven – aktuell wären das Menschen aus Syrien, Irak und Eritrea – weiterverteilt werden. Voraussetzung ist, dass sie im Hotspot einen Asylantrag stellen. Zum Umgang mit weiteren Flüchtlingsgruppen, die oft ebenso großen Schutzbedarf und Schutzanspruch haben – zum Beispiel Flüchtlinge aus Afghanistan – sagt das Hotspot-Konzept dagegen nichts. Und was ist mit denjenigen, die beim „Schnellprüfen“ als nicht schutzwürdig aussortiert werden? Die sollen mit Hilfe von Frontex – europäisch finanziert – noch aus den „Wartezonen“ heraus schnell abgeschoben werden. Bis Mitte Januar 2016 konnten jedoch lediglich 322 Flüchtlinge tatsächlich in andere europäische Länder ausreisen.

Um den Deal zur Flüchtlingsabwehr mit dem autoritären türkischen Präsidenten Erdogan um jeden Preis zu realisieren, schweigt Europa über die eklatanten Verletzungen von Menschenrechten und Flüchtlingsrechten in der Türkei. Das Land verletzt systematisch Grundrechte wie die etwa die Pressefreiheit. Zudem hat die Regierung bewusst den bewaffneten Konflikt in Kurdistan wieder aufflammen lassen, so dass über kurz oder lang mit einer Flüchtlingswelle aus dieser Region zu rechnen ist.

Der Ruf nach einer anderen Flüchtlingspolitik wird lauter. Doch zeitgleich erstarben überall populistische und rassistische Bewegungen in Europa. Wenn es überhaupt einen Ausweg aus der aktuellen europäischen Existenzkrise geben soll, dann muss sich jetzt schnell eine „Koalition der Willigen“ bilden, die den Flüchtlingschutz in Europa neu organisiert. Der Schlüssel liegt in Berlin. Die Kanzlerin hat mit ihrer starken und eindeutigen Botschaft – „Wenn wir uns entschuldigen müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land“ – Deutschland in die Verantwortung genommen. Diese moralische Verantwortung muss auch für Europa gelten. ←

### Links:

**EU zur Bewältigung der Flüchtlingskrise:**

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-5596\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5596_de.htm)

**Pro Asyl zur EU-Flüchtlingspolitik:**

[http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/grenzen\\_dicht\\_puffer\\_drumherum\\_die\\_ergebnisse\\_der\\_eu\\_verhandlungen\\_im\\_ueberblick/](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/grenzen_dicht_puffer_drumherum_die_ergebnisse_der_eu_verhandlungen_im_ueberblick/)



**Karl Kopp**

ist Europareferent der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl und Vorstandsmitglied im Europäischen Flüchtlingsrat (ECRE).

[koppeu@gmail.com](mailto:koppeu@gmail.com)

# Vogel-Strauß-Politik

Menschen, denen politische und kulturelle Gewalt widerfährt, stimmen oft mit den Füßen ab. Das Gleiche gilt für diejenigen, die unter wirtschaftlicher Not oder unter Umweltkatastrophen leiden. Diese Tatsache sollte sich die EU klarmachen.

Die Unterscheidung der EU zwischen „Flüchtlingen“ (Syrern, Afghanen, Irakern, Libyern et cetera) und „Wirtschaftsmigranten“ (beispielsweise Westafri-

Beschluss, weil industriell fischende Schleppnetzboote aus Europa ihre Lebensgrundlage im Senegal zerstört haben.

Die EU sollte sich klarmachen, dass ihre Fischerei-Subventionen ein Grund dafür sind, dass Senegalesen aus ihrem Land fliehen. Weil der Fang der einheimischen Fischer drastisch geschrumpft ist, riskieren junge Senegalesen ihr Leben lieber auf hoher See, als zu Hause einen langsamen wirt-

noch verschlimmert. Armut wiederum ruft Fanatismus und politische Gewalt hervor. Wir wissen, dass islamistischer Terror von Ansar Dine, Boko Haram, ISIS und Co. mit Perspektivlosigkeit zu tun hat.

Es ist inakzeptabel, dass die EU ihre Güter und ihr Kapital frei nach Westafrika schicken will, aber ungelernete und gering qualifizierte Westafrikaner nicht frei einreisen lässt. Diese Art der Glo-



den

Traditionelle Fischer im Senegal können nicht mit der EU-subventionierten Wirtschaft mithalten.



**Ndongo Samba Sylla** ist Programm- und Forschungsmanager im Westafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar.  
[n.sylla@rosalux.sn](mailto:n.sylla@rosalux.sn)

kaner) mag rechtlich begründet sein, ist aber moralisch fragwürdig. Sie stimmt nur, wenn zwei zweifelhafte Ideen akzeptiert werden:

- Die Idee, dass auf internationaler Ebene nur die Recht auf Schutz genießen, die politische und kulturelle Gewalt erleben, und dass diese moralisch über denen stehen, die Opfer anderer Form von Gewalt sind.
- Die Idee, dass die ökonomische Not von Milliarden von Menschen kein globales Problem ist, sondern nur der Verantwortung der jeweiligen nationalen Regierung unterliegt.

Viele junge Senegalesen, die versuchen, Europa in behelfsmäßigen Booten zu erreichen, arbeiteten zuvor als Fischer. Sie fassen ihren nahezu selbstmörderischen

schaftlichen und sozialen Tod zu sterben.

Ähnliches gilt für viele westafrikanische Bauern. Die Landwirtschaft ist die Lebensgrundlage von wenigstens 60 Prozent aller Afrikaner. EU-Subventionen für europäische Bauern und der Drang nach Importliberalisierung beeinflussen den Sektor negativ.

Migration hängt mit globalen Dynamiken zusammen. Viele Westafrikaner entschließen sich, illegal nach Europa auszuwandern, weil sie keine Berufsperspektive haben – und allzu oft spielen dabei EU-Politik oder europäische Unternehmen eine Rolle. Hinzu kommt, dass der Klimawandel, den westliche Länder – nicht afrikanische – verursacht haben, die Armut in Subsahara-Afrika

balisierung ist einseitig und unfair. Die EU will vom internationalen Austausch profitieren, ohne soziale und ökologische Kosten zu tragen.

Im Zuge der aktuellen globalen Herausforderungen, einschließlich des Migrationsthemas, erwarten Afrikaner von der EU keine offizielle Entwicklungshilfe, die häufig ihr Ziel verfehlt und keinen nachhaltigen Fortschritt bringt. Wir brauchen konzertierte Anstrengungen, um ein gerechteres Welt-handelssystem zu schaffen, um die riesigen illegitimen Finanzströme zu stoppen, unter denen der Kontinent leidet, und wir müssen die drohende Klimakrise angehen. Die große Frage ist, ob die reiche Welt den nötigen politischen Willen aufbringt. Es sieht nicht danach aus.

# Leben im Stillstand

Wenn Gewaltkonflikte lange andauern, ist Flüchtlingen eine baldige Heimkehr unmöglich: Sie werden zu Langzeit-Flüchtlingen und das Lager wird ihr Zuhause. In Kakuma im Nordwesten von Kenia leben mehr als 180 000 Menschen. Sie bekommen dort Nahrung und Schutz – aber verlieren jeglichen Lebensmut. Je länger sie im Exil sind, desto verzweifelter werden sie. Für junge Menschen ist Bildung der einzige Ausweg.

Von Raphael Sungu

➔ Bei Sonnenuntergang schlendern junge Flüchtlinge die Kakuma-Lokichoggio Straße entlang. Sie führt aus dem Lager in Richtung Süden zur rund 130 Kilometer entfernten sudanesischen Grenze. Der malerische Anblick trügt – die Jugendlichen sind hoffnungslos. Sie haben kaum Perspektiven und stehen in harter Konkurrenz mit den vielen anderen, die auf die geringe Chance hoffen, das Lager zu verlassen.

Kakuma ist größer als viele kenianische Städte, aber das Leben hier ist völlig anders. Die Menschen müssen für die ihnen zugeteilten Lebensmittel anstehen. Es fehlt an Arbeitsplätzen und Schulen (siehe Kasten, S.25). Tausende Menschen haben absolut

nichts zu tun. Ihr Leben wird zur monotonen Routine ohne Ambitionen, Hoffnungen und Träume. Dies gilt vor allem für junge Leute: Ihr Leben fängt gerade erst an, aber sie haben kaum Chancen, es in die eigenen Hände zu nehmen und zu selbstständigen Erwachsenen zu werden.

Theoretisch sollen die Menschen nur für ein paar Monate im Lager leben, ehe sie in ihre Heimat zurückkehren oder in Drittländer umgesiedelt werden. In Wirklichkeit bleiben sie aber durchschnittlich zehn Jahre in Kakuma. Viele werden depressiv. Der Verlust von Würde, Identität und Zugehörigkeit nimmt ihren Lebensmut. Sie würden ihre Situation gerne verän-

*Diese junge Südsudanerin wurde von FilmAid im Camp zur Filmemacherin weitergebildet.*



my



Sprague/linear

Zu viele Menschen  
haben nichts zu tun.

dern, können es aber nicht. Langzeitflüchtlinge sind besonders gefährdet, depressiv zu werden.

Die meisten Menschen, die vor Verfolgung, Gewalt und Tod fliehen, glauben, bald wieder heimzukehren. Erst im Lager begreifen sie, dass ihr altes Leben vorbei und was auch immer sie hatten verloren ist. Im Lager sind sie keine Individuen mehr. Sie verlieren ihre Würde (siehe Kasten, S.26) und sind nur mehr eine Nummer.

### Prekäre Schulen

Den Erwachsenen fällt es oft schwer, auf Wohltätigkeit angewiesen zu sein. Die Jugendlichen wollen endlich leben, doch das Lagerleben hindert sie daran. Bildung ist der einzige Ausweg – aber diesen zu begehen ist für sie schwieriger als in einer normalen Stadt.

In Kakuma gibt es verschiedene Bildungseinrichtungen für Kinder. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) finanziert 20 Grundschulen, die örtliche Gemeinde betreibt eine gemeindebasierte Schule. Dennoch wurden 2012 laut UNHCR nur etwa 45 Prozent der Kinder im Grundschulalter eingeschult. Eine Klasse in der Grundschule umfasst bis zu 200 Schüler, in der Sekundarschule durchschnittlich 80. Eine

Umfrage des UNHCR, der Windle Trust Kenia und des Lutherischen Weltbundes von 2014 zeigte, dass etwa die Hälfte der Kinder noch immer nicht zur Schule geht. Außerdem waren die Schüler im Durchschnitt zu alt für ihre Jahrgangsstufe.

Die Schüler müssen nach kenianischem Lehrplan lernen – auf Englisch und Kiswahili. Viele können beide Sprachen nicht, und die Lerninhalte haben nichts mit ihrer Lebensrealität zu tun. Eine aktuelle Studie im Journal on Education in Emergencies bringt es auf den Punkt: „Mangel an finanziellen und materiellen Mitteln, restriktiver Lehrplan und Sprachpolitik sowie fehlender Zugang zu Lehrerausbildung führen zu einer Bildungskrise für Flüchtlinge in Kenia.“

Dennoch schneiden die Schüler aus Kakuma in Prüfungen besser ab als der kenianische Durchschnittsschüler. Athok Achol Buoi etwa geht auf die Angelina-Jolie-Grundschule. Auf dieser nach der US-Schauspielerinnen benannten und von ihr über das UNHCR geförderten Schule erreichte das Mädchen 418 von 500 Punkten im Kenya Certificate of Primary Education.

Wenn Flüchtlingskinder zur Schule gehen, pauken sie meist besonders hart, weil sie wissen, dass sie es nur mit guten Noten raus aus dem Lager schaffen

können. Aber dazu brauchen sie eines der heißbegehrten Stipendien.

## Enttäuschte Hoffnungen

Kakuma wird von der Abteilung für Flüchtlingsfragen (DRA) verwaltet. Diese kenianische Regierungsagentur arbeitet mit dem UNHCR zusammen und wird von diesem unterstützt. Es gibt jedoch noch viele weitere karitative Organisationen, die sich ebenfalls auf Bildung konzentrieren.

Der Windle Trust Kenia verwaltet – unterstützt vom kanadischen World University Service, dem UNHCR, der DD Puri Foundation und der deutschen Albert-Einstein-Stiftung – mehrere Stipendienprogramme. Rund 40 Stipendien werden an begabte

Flüchtlinge vergeben, damit diese in ihrem Gast- oder Herkunftsland studieren können. Für die kanadischen Stipendien liegt die Altersgrenze bei 25, für die deutschen bei 28 Jahren.

Der Wettbewerb um diese Stipendien ist gnadenlos. Jedes Jahr bewerben sich Hunderte von Schülern aus Kakuma für die rund 40 Stipendien, die der Windle Trust Award vergibt. Sie können sich bis zu dreimal bewerben, doch die meisten bekommen keine dieser kostbaren Förderungen. Die Hoffnung, das Lager zu verlassen, zerschlägt sich damit für immer.

Mitarbeiter des Windle Trust Kenia erleben herzzerreißende Szenen, wenn die Schüler erfahren, dass sie abgelehnt wurden. Manche werden wütend und wollen wissen, warum sie abgelehnt wurden. Andere sind am Boden zerstört, wie etwa ein junges soma-

## Ein deprimierendes Lager im Nordwesten Kenias

Kenia beheimatet eine der größten Flüchtlingsgruppen der Welt. In dem ostafrikanischen Land leben mehr als 600 000 registrierte Flüchtlinge und Asylbewerber. Sie stammen meist aus Somalia, Südsudan, Sudan, Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Eritrea, Burundi und Uganda. Die meisten von ihnen leben in den Flüchtlingslagern Dadaab und Kakuma. Man schätzt, dass mehr als 50 000 Flüchtlinge und Asylbewerber in Kenias Stadtgebieten leben.

Die kenianische Gesellschaft betrachtet die Flüchtlinge immer misstrauischer, besonders die Somali. Grund dafür sind Terroranschläge der Al-Shabaab-Miliz, einer islamistischen Truppe aus dem kriegsgebeutelten Somalia. Nach einer Welle der Gewalt 2013 und 2014 gab die kenianische Regierung die Direktive, dass alle Flüchtlinge aus Nairobi und anderen Städten in die Lager Dadaab und Kakuma zurückkehren müssen. In Stadtgebieten kommen Flüchtlinge häufig mit der Polizei in Schwierigkeiten, wenn sie ohne Ausweispapiere aufgegriffen werden.

Kakuma wurde 1992 in einem halbtrockenen Gebiet im Nordwesten Kenias errichtet. Die meisten Bewohner kommen aus dem Südsudan, Sudan und Somalia. Sie sind wegen jahrzehntelanger Konflikte in ihren Heimatländern geflohen.

Das Lager ist eine Stadt aus endlosen Reihen einfacher, identisch aussehender Gebäude. Im November 2015 waren mehr

als 180 000 Bewohner aus über 21 Ländern registriert. Die meisten leben seit Jahren dort und warten darauf, in Drittländer umgesiedelt zu werden. Die im Lager tätigen Agenturen bieten nicht genügend Jobs für alle, und wer einen Job hat, wird nur mit Wertmarken bezahlt. Das kenianische Gesetz erlaubt Flüchtlingen nur dann Geschäfte zu machen oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben, wenn sie ihren Flüchtlingsstatus aufgeben und als Auswanderer arbeiten – und entsprechend Steuern zahlen.

Etwa 58 Prozent der Bewohner Kakumas sind Minderjährige. Sie gehören zu einer Altersgruppe, die zur Schule gehen oder eine Berufsausbildung machen müsste. Aber es gibt kaum Bildungschancen im Lager. Wenn junge Menschen so sozial benachteiligt leben müssen, ist es klar, dass sie nicht so viel zur Befriedung ihres Heimatlandes beitragen werden, wenn sie dahin zurückkehren. Vielmehr kann Chancenlosigkeit Konflikte noch verschärfen – etwa, wenn sich frustrierte Jugendliche gewalttätigen Milizen anschließen. Ein Beispiel dafür sind Afghanen, die in pakistanischen Flüchtlingslagern aufgewachsen sind und sich später den Taliban anschlossen.

Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind 70 Prozent aller Flüchtlinge weltweit Langzeit-Flüchtlinge, die mehr als fünf Jahre aus ihrer Heimat vertrieben sind. Viele von ihnen haben keine Papiere, so dass sie keinem Staat zugehören. Jedes Jahr kommen unzählige Kinder zur Welt, die in Flücht-

lingslagern aufwachsen. Die größten Gruppen sind in Pakistan und im Iran lebende Afghanen, aber es leben auch Hunderttausende von Somali und Südsudanesen in verschiedenen ostafrikanischen Ländern. Palästinenser und Saharawi genießen international einen erblichen Flüchtlingsstatus.

Millionen von Menschen weltweit leben laut UNHCR in „andauernden Flüchtlingssituationen“. Der Definition nach haben sich die Bedürfnisse der Flüchtlinge mit der Zeit entscheidend verändert, aber weder UNHCR noch Gastländer haben die Kapazitäten, darauf zu reagieren. Christine Cheng und Johannes Chudoba von der Princeton University stellen fest, dass sich die Flüchtlinge „noch Jahre nach Ankunft im Gastland in einem Abhängigkeitszustand“ befinden. Sie fügen hinzu: „Die Bedürfnisse von Flüchtlingen in andauernden Flüchtlingssituationen sind anders als die, mit denen es der UNHCR in Akutsituationen zu tun hat.“ Zuallererst geht es um menschliche Sicherheit, dann erst kommen weitere Grundbedürfnisse. Dazu gehören nicht nur Nahrung und Schutz, sondern auch Bildung, Job, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und der Zugang zu Krediten. Viel zu selten werden auch diese Bedürfnisse erfüllt. (rs)

lisches Mädchen, das weinte: „Was soll ich jetzt tun? Wenn ich hier nicht rauskomme, werde ich bald verheiratet. Aber ich bin zur Schule gegangen, ich weiß, es gibt eine Welt da draußen, an der ich teilhaben und die ich kennen lernen will, statt als Hausfrau in veralteten kulturellen Strukturen gefangen zu sein. Ich möchte heiraten, wenn ich meinen Kindern ein besseres Leben bieten kann als das, was ich hier habe. Ich habe so hart dafür gearbeitet. All meine Hoffnungen lagen in diesem Stipendium, nur um aus dem Lager herauszukommen!“

Einige brechen weinend zusammen, manche denken an Selbstmord. Ein junger Südsudanese fragte: „Sag mir, was soll ich mit mir anfangen, was gibt es denn für Leute wie mich? Dies ist mein dritter erfolgloser Versuch in drei Jahren. Ich habe Angst, dass ich hier bald aus Hoffnungslosigkeit sterbe, weit weg von zuhause, und mitsamt all meinen Träumen, Hoffnungen und Sehnsüchten begraben werde. Ich möchte wenigstens eine halbe Chance auf ein Leben, ich möchte eine Ausbildung, einen Job, Frau und Kinder, aber nicht hier!“

Es ist belastend, all diese intelligenten jungen Menschen zu sehen, die keine Chance haben, ihre Talente zu nutzen. Humanitäre Helfer erleben eine ganze Generation, die im Stillstand lebt, und sie können nicht helfen. Michelle Bellino von der University of Michigan machte kürzlich eine Erhebung zu Bildungschancen in Kakuma. Sie zieht das Fazit einer „Tragödie, in der begabte Menschen in die ewige Mittellosigkeit geraten.“

Da es immer mehr neue humanitäre Krisen gibt, wird die Finanzierung von Bildungsstipendien schwieriger. Für die „alten Fälle“ in Kakuma werden die Aussichten immer düsterer.

Die Geberländer müssen deutlich mehr tun, um Flüchtlingslager zu unterstützen. Es ist inakzeptabel, dass die Hälfte der jungen Generation nicht formal ausgebildet wird. Und es ist inakzeptabel, dass selbst diejenigen, die sich sehr anstrengen, keine Chancen haben. Aufnahmeländer wie Kenia haben nicht die Mittel, die Probleme selbst zu lösen.

Manche westlichen Regierungen versprechen Visa für Langzeit-Flüchtlinge. Aber kaum ändert sich die politische Lage, ist davon keine Rede mehr. 1999 etwa wurde eine große Gruppe von Somali aus dem Dadaab-Lager für eine Umsiedlung nach Kakuma und eine mögliche Neuansiedlung in westlichen Ländern ausgewählt. Nach dem 11. September 2001 wurden die Visaverfahren in den meisten Ländern viel strenger und die Aufnahmebereitschaft gegenüber Ostafrikanern wurde geringer. Die Hoffnungen der Menschen zerschlugen sich. Viele leben noch heute, 14 Jahre später, im Lager. ←

#### Links:

**The Windle Trust:**

<http://www.windle.org>

**World University Service of Canada (WUSC) – Student Refugee Program:**

<http://wusc.ca/>

**Albert Einstein German Academic Refugee Initiative Fund:**

<http://refed.org/>

## Verlust der Würde

Viele Flüchtlinge müssen auf dem langen Weg zum kenianischen Lager Kakuma gefährliche Situationen durchstehen. Sie leiden unter Hunger und Durst und sind Kälte, Hitze, heftigem Regen und brutaler Sonne ausgesetzt. Meist können sie sich nicht umziehen oder duschen. Einige machen traumatisierende Gewalterfahrungen – doch alle wollen ihre Menschenwürde bewahren.

Dass es im Lager keine Menschenwürde gibt, ist eine erschütternde Erfahrung. Menschen, deren Leben auf den Kopf gestellt wurde, müssen sich für das Grundlegendste wie Decken, Hygieneartikel und Lebensmittel anstellen. Einigen sieht man bei der Registrierung in der Aufnahmeeinrichtung an, dass sie früher

einflussreiche Leute, etwa Regierungsbeamte, waren. Aber ihre zerschlissenen Anzüge, Krawatten und Hemden bedeuten im Lager wenig. Sie stehen für nichts mehr.

Die Situation bedeutet für alle Stress, auch für die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Ein internationaler Mitarbeiter erinnert sich an einen Mann, der mit seinen Kindern ins Lager kam und nur Ärger machte. Er war nicht in der Lage, sich anzustellen, und war sehr reizbar. Ein Mitarbeiter erzählt: „Ich erkannte, dass er nicht wütend auf uns war – er war wütend auf die Welt, darauf, was ihn in diese entwürdigende Situation gebracht hatte, darauf reduziert, Schlange stehen zu müssen, um von Fremden versorgt

zu werden. Ich war den Tränen nahe: Ich spürte seine Hilflosigkeit.“

Der Mitarbeiter berichtet weiter: „Als ich anfing, hier zu arbeiten, hatte ich das Bild, Flüchtlinge seien reizbare, undankbare Menschen, die sich dauernd beschweren und grundsätzlich schlecht zu verstehen sind.“ Er habe sich bewusst darum bemüht, mit den Menschen zu sprechen und ihren persönlichen Hintergrund und ihre Lebensgeschichte zu verstehen. Das habe ihm Angst gemacht, denn er realisierte, dass das Schicksal der Flüchtlinge etwas sei, „was jedem passieren könnte“. Er habe an seine Frau und Kinder gedacht und „tiefstes Mitgefühl für seine notleidenden Mitmenschen entwickelt“. (rs)



**Raphael Sungu**

ist Programm-Manager einer humanitären Organisation.

Er lebt im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia.

[rsungu@windle.org](mailto:rsungu@windle.org)



# Flüchtlinge im eigenen Land

*IDP-Lager in Borno State.*

Seit 2009 terrorisiert Boko Haram den Nordosten Nigerias. Mehr als 10 000 Menschen starben, rund 2 Millionen sind auf der Flucht. Die Lebensbedingungen der Binnenflüchtlinge (Internally Displaced Persons – IDPs) sind schwierig. Während sich in einigen Landesteilen die Sicherheitslage verbessert hat und hunderttausende Menschen in ihre Heimatorte zurückkehren konnten, dauern die Angriffe in anderen Regionen an.

## Von Damilola Oyedele

➔ Noch vor einem Jahr schien Atines Leben ruhig dahinzufließen. Das Mädchen aus Baga im Bundesstaat Borno besuchte die letzte Grundschulklasse. Atines Vater arbeitete in einer Fischräucherei. Ihre Mutter kümmerte sich um die vier Kinder und war erneut schwanger.

Die Bewohner der Stadt wussten von der Terrorgruppe Boko Haram. Aber Atines Familie fühlte sich sicher – schließlich hatte die multinationale Eingreiftruppe (Multinational Joint Task Force – MNJTF) mit Soldaten aus Nigeria, Niger und Tschad in Baga ihr Hauptquartier. Die Eingreiftruppe soll die grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen. Sie unterstützt aber auch den Kampf gegen Boko Haram.

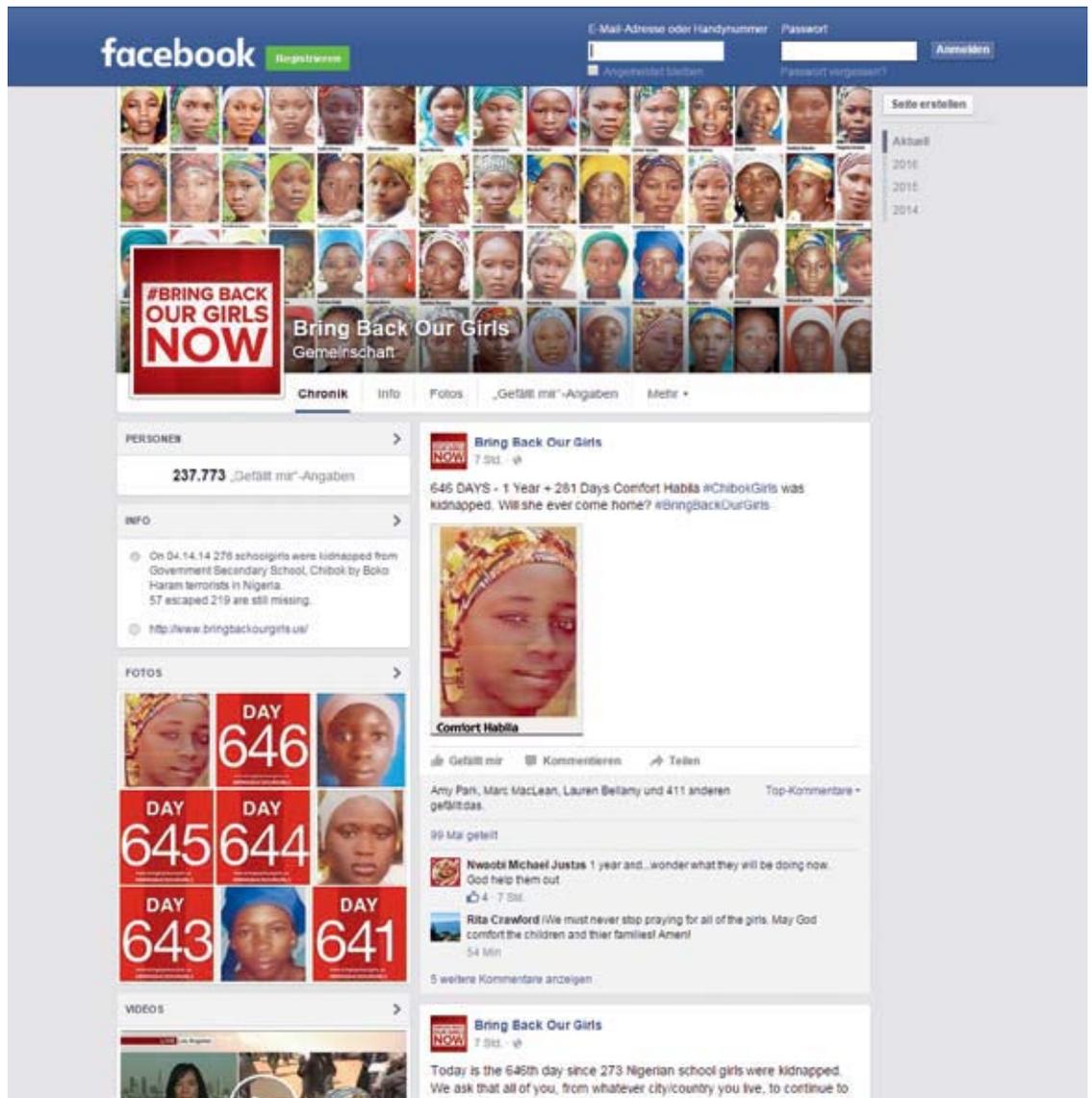
Atines Welt brach im Januar 2015 zusammen. Boko Haram griff Baga an, tötete Bewohner, zerstörte

Häuser und trieb die Überlebenden in die Flucht. „Die Männer wurden sofort erschossen, auch mein Vater“, berichtet Atine in ihrer Muttersprache Hausa. „Mein älterer Bruder wurde auch getötet. Wir rannten davon und schlugen uns drei Tage lang in der Wildnis durch, bis wir schließlich Maiduguri erreichten. Meine Mutter erlitt eine Fehlgeburt.“

Inzwischen lebt Atine mit ihrer Mutter in einem Flüchtlingslager in Kuchingoro, einem Viertel der Hauptstadt Abuja. Allerdings ist das Camp mit seinen rund 800 Bewohnern nicht offiziell von der Regierung ausgewiesen. In Abuja gibt es mehrere solcher Lager, die Vertriebene eigenmächtig auf freien Flächen errichtet haben.

Das Camp besteht aus behelfsmäßigen Hütten, die aus Planen, Plastikfolie und Blechdächern errich-

Die Opfer der  
Massenentführung in  
Chibok im Jahr 2014  
sind noch immer nicht  
frei.



Screenshot: <https://www.facebook.com/bringbackourgirls>

tet wurden. Die sanitären Bedingungen sind kläglich, es gibt keine Toiletten, und die Bewohner verrichten ihre Notdurft in Plastiktüten, die sie auf Müllhalden entsorgen. Es stinkt fürchterlich. Für das ganze Lager gibt es nur einen Brunnen.

Aus einem ähnlichen Flüchtlingslager in Oronzó, ebenfalls in Abuja gelegen, strömen jeden Tag mehrere Jungen auf der Suche nach Arbeit in die Stadt. Einer von ihnen, der 14-jährige Hassan, verrichtet Hilfsarbeiten auf einem nahe gelegenen Markt – für einen Hungerlohn, wie er berichtet: „Ich schlepe die Ladung für die Leute auf dem Markt. An manchen Tagen verdiene ich damit 500 Naira (rund 2,30 Euro), an guten Tagen 1000 Naira.“

Während die Camps in Abuja informell sind, hat die nigerianische Regierung für Menschen aus den sechs am stärksten von der Gewalt durch Boko Haram betroffenen Bundesstaaten offizielle Lager eingerichtet. Dort kommen IDPs unter, die innerhalb

der Staaten Borno, Bauchi, Yobe, Taraba, Gombe und Adamawa auf der Flucht sind oder von dort vertrieben wurden. Es gibt vier offizielle Camps in Yola im Bundesstaat Adamawa und zwei in Damaturu im Bundesstaat Yobe. Weitere 28 Camps wurden in der Stadt Maiduguri eingerichtet. Viele informelle Lager, die offiziell als „Camp-ähnliche Einrichtungen“ bezeichnet werden, entstanden überall in den betroffenen und benachbarten Bundesstaaten.

Nach Angaben von Staatschef Muhammadu Buhari wurden in den vergangenen sechs Jahren mindestens 2 Millionen Menschen durch die Gewalt der Boko-Haram-Kämpfer vertrieben und mehr als 10 000 Menschen getötet. In dem von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der nigerianischen Behörde für Notfallmanagement (NEMA) ins Leben gerufenen Vertriebenen-Statistik (Displacement Tracking Matrix, DTM) waren Ende 2015 1 818 469 IDPs registriert. Allein in Borno waren es 1 434 149 Vertriebene.

Acht Prozent der IDPs leben in Flüchtlingslagern, die anderen sind innerhalb der Gemeinden, bei Freunden oder Verwandten untergekommen. Mehr als die Hälfte der IDPs sind Kinder. Der DTM zufolge gibt es 78 Camps oder Camp-ähnliche Einrichtungen. Die meisten der Lager befinden sich in Schulen oder Behördengebäuden. Das Leben dort ist hart, vor allem wegen der Überfüllung.

Der Statistik zufolge sind die Toiletten in 47 der Camps in schlechtem Zustand, in 10 sogar unbenutzbar. Viele Bewohner verrichten ihre Notdurft im Freien. Nur 19 Lager haben gute Sanitäreinrichtungen. Der „DTM Nigeria Report Round VII“ von Dezember 2015 hat Malaria als das größte Gesundheitsproblem ausgemacht, gefolgt von Fieber, Husten, Durchfall, Mangelernährung, Atemwegsinfektionen und Hautkrankheiten. 32 der Lager haben kein Müllentsorgungssystem, in 63 Lagern fehlt ein gutes Abwassersystem.

Anfang 2015 berichtete ein Reporter des Internationalen Zentrums für investigative Berichterstattung (ICIR) nach Undercover-Recherchen von Vergewaltigungen und Menschenhandel in einigen IDP-Camps. Die Regierung setzte eine Untersuchungskommission ein, die zu dem Schluss kam, dass zwei Mädchen „möglicherweise vergewaltigt“ worden seien, dass es für die Anschuldigungen aber keine Beweise gebe.

Im DTM-Bericht von Oktober 2015 wird allerdings festgestellt, dass in vier Lagern Lebensmittel im Austausch für sexuelle Handlungen ausgegeben worden seien. In sechs Camps seien Kinder zu Arbeit und zum Betteln gezwungen worden. In acht Camps habe es Berichte über körperliche und seelische Misshandlungen von Kindern gegeben. Außerdem erwähnt der Bericht Festnahmen von NEMA-Mitarbeitern wegen des Verkaufs von Hilfsgütern, die für Vertriebene gedacht waren. Und obwohl es in den Lagern Sicherheitskräfte gibt, kam es in zwei Flüchtlingslagern in Yola im Bundesstaat Adamawa zu Explosionen. Zehn Menschen wurden getötet. Vermutlich gelangten Boko-Haram-Aktivistinnen als Flüchtlinge getarnt in die Lager.

Im Vergleich zu den offiziellen IDP-Lagern sind die inoffiziellen Camps stärker auf Spenden angewiesen. NGOs, Firmen, Geberorganisationen, religiöse Organisationen und Einzelpersonen spenden Lebensmittel und Medikamente, leisten humanitäre Hilfe und bieten Dienstleistungen an wie medizinische Untersuchungen und Beratung.

Zu Bildungseinrichtungen haben die Vertriebenen nur eingeschränkt Zugang. In den am schlimmsten von der Gewalt betroffenen Bundesstaaten sind viele Schulen seit anderthalb Jahren geschlossen. Laut UNICEF wurden seit 2009 mehr als 1200 Schulen von Boko Haram angegriffen. Internationale Schlagzeilen machte die Entführung von 276 Schulmädchen in Chibok im Bundesstaat Borno im April 2014. Noch wurden die Mädchen nicht befreit. So ist es verständ-

lich, dass sich viele Schüler und Lehrer nicht in die wenigen noch geöffneten Schulen trauen.

Laut dem DTM-Bericht haben die Kinder nur in 40 der 76 offiziellen Vertriebenen-Camps Zugang zu Bildung. Außerhalb der Konfliktgebiete bieten NGOs kostenlosen Unterricht an. Für das Lager Kuchingoro, in dem Atine lebt, spendete die australische Regierung Stühle und Tische für die Schulklassen, die im Freien unter Bäumen zusammenkommen. Freiwillige aus der Frauengruppe der Evangelikalen Kirche Westafrikas (ECWA) unterrichten die Schüler. Bei Regen oder zu großer Hitze fällt der Unterricht jedoch aus.

Im November hat die nigerianische Regierung im Nordosten des Landes hunderte Schulen wiedereröffnet. Doch nur wenige Schüler sind in ihre Klassen zurückgekehrt. Es gibt weiterhin Boko-Haram-Angriffe, obwohl eine gemeinsame Offensive der Streitkräfte von Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger die Terroristen schwächen und aus den meisten Gebieten im Nordosten zurückdrängen konnte.

Laut NEMA-Sprecher Sanni Datti richtet sich das offizielle Hilfsprogramm auch an Vertriebene außerhalb der regulären Camps. „Wenn sie registriert sind, auch in aufnehmenden Gemeinden, liefern wir auch ihnen Hilfsgüter“, sagt er. „Am meisten benötigen sie Lebensmittel, aber wir stellen auch Kleidung, Bettwäsche und andere Dinge zur Verfügung.“

Kürzlich kündigte die nigerianische Regierung an, die Flüchtlingslager aufzulösen und die Vertriebenen bei der Rückkehr in ihre Heimat zu unterstützen, unter anderem durch einen eigens für die Wiedereingliederung eingerichteten Fonds. Sie versprach den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Doch wenngleich viele Vertriebene zurückkehren wollen, fürchten sie weiterhin um ihre Sicherheit. Auch die Wirtschaft in der Konfliktregion liegt am Boden.

Laut DTM kehrten 320 000 Vertriebene in den Bundesstaat Adamawa zurück, wo sich die Sicherheitslage aufgrund einer verstärkten Militärpräsenz verbessert hat. Im August 2015 wurden 10 000 Nigerianer, die in Kamerun Zuflucht gesucht hatten, zurückgeführt. Einige kehrten in ihre Heimatorte in Adamawa zurück, andere wurden in IDP-Camps in Borno untergebracht.

Atine hofft auf ein normales Leben, aber nach Baga möchte sie nicht zurück: „Ich hätte zu viel Angst, weil dort mein Vater und mein Bruder ermordet wurden“, sagt das Mädchen. „Vielleicht können wir aus diesem Lager ausziehen und woanders in der Nähe von Abuja leben. Ich möchte nur weg von hier, hier sind zu viele Menschen.“

#### Link:

##### DTM Nigeria Report Round VII:

[http://nigeria.iom.int/sites/default/files/dtm/01\\_IOM%20DTM%20Nigeria\\_Round%20VII%20Report\\_20151223.pdf](http://nigeria.iom.int/sites/default/files/dtm/01_IOM%20DTM%20Nigeria_Round%20VII%20Report_20151223.pdf)



**Damilola Oyedele** ist leitende Korrespondentin für die nigerianische Zeitung „Thisday“. Sie lebt in Abuja. [damiki22@yahoo.com](mailto:damik22@yahoo.com)

# „Ziel ist eine Gesellschaft ohne Gewalt“

In der Autonomen Region Kurdistan im Irak leben rund 2 Millionen Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft und Religion. Die Jiyān-Stiftung für Menschenrechte unterstützt seit 2005 Überlebende von Folter, Verfolgung und Gewalt durch medizinische, psychotherapeutische und soziale Hilfe in der Region. Katja Dombrowski sprach mit Salah Ahmad, dem Gründer und Vorsitzenden der Jiyān-Stiftung.

## Interview mit Salah Ahmad

➔ **Die Jiyān-Stiftung hilft Flüchtlingen und Gewaltopfern im kurdischen Nordirak. Welche Gruppen von Flüchtlingen gibt es in dieser Region?**

Nach Kurdistan sind viele Menschen aus dem Süden und dem Zentrum des Iraks gekommen, die dort verfolgt wurden. Darunter sind viele Sunniten und Christen, etwa aus Bagdad oder Basra, Flüchtlinge aus Mossul, wo ISIS herrscht, und natürlich auch viele Syrer. Dazu kommen Flüchtlinge aus dem Iran und der Türkei: Kurden und Oppositionelle. Kurdistan ist die einzige sichere Region, und die Kurden haben diese Menschen aufgenommen, so gut es ging.

**Um wie viele Flüchtlinge handelt es sich?**

Offiziell ist von 1,8 Millionen Flüchtlingen in Kurdistan die Rede; manche sagen auch, es seien mehr als 2 Millionen – bei einer Bevölkerung von rund 5 Millionen. Damit ist die kurdische Regierung natürlich überfordert. Kurdistan befindet sich im Krieg gegen ISIS. Es gibt auch große finanzielle Schwierigkeiten, verstärkt durch den niedrigen Ölpreis. Die UN spielen eine große Rolle bei der Versorgung der Flüchtlinge und auch Organisationen wie wir.

**Seit wann sind die Flüchtlinge im kurdischen Nordirak, und warum mussten sie ihre Heimat verlassen?**

Der Irak hatte bis 2003 ein diktatorisches Regime unter der Baath-Partei, das links und rechts alles vernichtet hat, auch die eigene Bevölkerung. Die Amerikaner haben dann den großen Fehler gemacht, das Land zu befreien, ohne ein Staatsoberhaupt zu benennen. Bandenkriege bewaffneter Gruppen waren die Folge und eine Terrorwelle, die bis heute anhält. Allein 2006 und 2007 kamen 150 000 bis 170 000 Zivilisten ums Leben. Der vorige Ministerpräsident Nuri Al-Maliki wollte die Sunniten vernichten. Daher gibt es so viele arabische Flüchtlinge in Kurdistan. Dann kam die Terrormiliz ISIS. Tausende mussten aus der Gegend von Mossul fliehen: Jesiden,



Schabak, Kaki, Christen, aber auch Muslime. Es gibt 14 oder 15 religiöse Gruppen, die dort seit tausenden Jahren leben.

**Im Westen wurde besonders über das Schicksal der Jesiden berichtet. Wie kommt das?**

Die Jesiden haben eine Geschichte der Verfolgung und sind am stärksten vom Genozid-Versuch von ISIS betroffen. Die Kämpfer haben die Jesiden-Stadt Sindschar und zahlreiche Dörfer erobert, viele Menschen enthauptet und viele Frauen verschleppt. Das ist traumatisch für die Jesiden.

**Unter welchen Bedingungen leben die Flüchtlinge im kurdischen Nordirak?**

Die Lager sind gut ausgestattet. Das UNHCR stellt Essen, Strom und Wasser bereit, Organisationen wie

die Jiyar-Stiftung sorgen für medizinische und psychologische Betreuung. Mehr als 90 Prozent der Kinder gehen zur Schule, entweder in den Lagern oder außerhalb. Die Flüchtlinge dürfen auch arbeiten. Im Moment ist es allerdings sehr kalt: Die Heizöfen reichen nicht aus, die Menschen frieren in den Zelten.

**Gibt es auch Flüchtlinge, die außerhalb der Lager leben?**

Ja. Menschen, denen es finanziell nicht schlecht geht, können sich ein Haus mieten. Das sind vielleicht 10 bis 15 Prozent, vor allem arabische Iraker. Aber auch die Syrer sind sehr gut integriert. Sie sind fleißig, und es gibt keine Sprachschwierigkeiten, da die meisten syrischen Flüchtlinge im Irak Kurden sind und den gleichen Dialekt sprechen wie wir. Viele haben Jobs gefunden.



Jiyar-Stiftung

*Viele Menschen im Nordirak haben Traumatik erlebt. Überlebende des Genozids des irakischen Baath-Regimes unter Saddam Hussein gegen die kurdische Bevölkerung.*

### **An welche Flüchtlinge richten sich die Angebote der Jiyan-Stiftung?**

Wir arbeiten mit allen – bei uns spielt die Herkunft und Religion keine Rolle. Wer Hilfe braucht, ist willkommen, und alles, was wir anbieten, ist kostenlos. Die Jiyan-Stiftung betreibt neun Traumazentren und baut gerade einen Heilgarten auf für Kinder und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden und einen Platz brauchen, an dem sie zur Ruhe kommen können. Wir haben 145 Mitarbeiter in Kurdistan, darunter Psychologen, Psychotherapeuten, Psychiater, Ärzte, Sozialarbeiter und Physiotherapeuten.

### **Sind Sie die einzige Organisation, die in der Region Traumaarbeit macht?**

Nein, es gibt noch mehrere andere. Aber wir sind seit 10 Jahren vor Ort und haben das systematisch aufgebaut. Das erste Zentrum für Traumaarbeit habe ich 2005 in Kirkuk auf die Beine gestellt, dafür war ich 15 Monate vor Ort. Dann wurden wir angefragt, ob wir zwei weitere Zentren in Erbil und Sulaymaniyah aufbauen können. Inzwischen sind es neun. Zudem bilden wir Therapeuten aus. Gerade haben 20 unserer Mitarbeiter eine Ausbildung zum Traumatherapeuten abgeschlossen.

### **Wer finanziert das alles?**

Die Jiyan-Stiftung lebt von internationaler Projektfinanzierung und Spenden. Zu den wichtigsten Geldgebern gehören die deutsche Regierung, EU und UN sowie kirchliche Organisationen wie Misereor. Zudem arbeiten wir eng mit dem Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin zusammen, für das ich selbst seit vielen Jahren tätig bin. Es unterstützt uns durch Fachaustausch und gemeinsame Projekte sowie durch die Infrastruktur in Deutschland.

### **Wie sieht ihre Arbeit mit den Flüchtlingen konkret aus?**

Wir bieten Therapien für verschiedene Zielgruppen an, etwa Minderheiten, Frauen und Mädchen, Kinder und Jugendliche. Dazu gehen wir nicht nur in die Flüchtlingslager, sondern auch in Frauenhäuser, Gefängnisse und Waisenhäuser. Mit mobilen Teams fahren wir an entlegene Orte, wo es ansonsten keine psychologische Versorgung gibt. Unser Ziel ist, die Menschen so zu unterstützen, dass sie wieder ein normales Leben führen können. In der Therapie vermitteln wir zum Beispiel, dass man mit Hass und Rachegefühlen nichts erreicht. Diese Gefühle sind bei den Opfern, die ja oft sehr große Ungerechtigkeit erfahren haben, sehr stark. Wir gehen auch in Schulen und machen Jugendlichen zum Beispiel klar, dass es keine Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen gibt – wir versuchen, das Konzept der Gleichberechtigung zu vermitteln. In den Klassen gibt es viel Gewalt. Daher bringen wir den Lehrern bei, wie sie mit schwierigen Kindern umgehen können. Auch mit deren Eltern arbeiten wir, damit sie verstehen: Warum verhält sich das Kind so? Dieses Programm kommt so gut an, dass es Wartelisten für die Schulen gibt. Manche

Eltern sind selbst unsere Patienten geworden, weil sie gemerkt haben, dass wir ihnen helfen können. Alles, was wir tun, zielt darauf ab, eine friedliche Gesellschaft zu schaffen.

### **Ist das überhaupt möglich, solange Repression, Gewalt und Vertreibung durch ISIS im Nordirak anhalten?**

Ich denke ja – wenn man nicht aufgibt. Natürlich ist es sehr schwer. Aber die Hoffnung wächst mit jedem Tag. ISIS wird zurückgeschlagen, einige Gegenden sind bereits zurückerobert. Die Flüchtlinge haben die Hoffnung, nach Hause zurückkehren zu können. Man spürt, dass sie Perspektiven für ihre Zukunft erkennen. Das sieht man auch daran, dass in den Flüchtlingslagern geheiratet wird und Kinder geboren werden. Durch Therapien und Traumaarbeit haben sich die Beziehungen innerhalb der Familien deutlich verbessert. Wo es vorher nur Gewalt und Streit gab, leben sie jetzt friedlich zusammen.

### **Sie arbeiten mit Menschen verschiedener Religionszugehörigkeiten zusammen, viele wurden wegen ihres Glaubens verfolgt. Welche Rolle spielt die Religion in Ihrer Arbeit?**

Bei uns arbeiten alle Religionen in einem Team. Ich habe niemanden gefragt, welche Religion er hat, das spielt keine Rolle. In den Gruppen, mit denen wir arbeiten, bringen wir ebenfalls verschiedene Religionen zusammen. Manche bestehen aus drei Nationalitäten und Religionszugehörigkeiten. Und sie profitieren sehr davon! In der Arbeit sprechen wir natürlich die religiöse Repression an und dass zum Beispiel ISIS nicht den wahren Islam vertritt.

### **Sie sind selbst Kurde, stammen aus Kirkuk und haben Verfolgung und Flucht erlebt. War das der Anstoß für Ihre Arbeit mit Flüchtlingen?**

Ich war während der Herrschaft von Saddam Hussein politisch aktiv und musste das Land 1981 verlassen. Als Flüchtling bin ich in Deutschland gelandet und habe hier Asyl erhalten. Ich habe selbst erlebt, wie viele Menschen, die gefoltert wurden, psychisch eingegangen sind. Nach meiner Ausbildung zum Psychotherapeuten konnte ich hunderten Menschen helfen. Nach dem Sturz Saddams habe ich die Chance gesehen, auch den Menschen in Kurdistan zu helfen. Wir haben fünf Jahre lang Anträge geschrieben, bis es endlich mit Hilfe des US-Außenministeriums geklappt hat, in Kurdistan etwas aufzubauen. Ich hoffe sehr, dass wir unsere Arbeit noch einige Jahre fortsetzen können. Nur durch die Friedensarbeit, die wir neben der therapeutischen Arbeit leisten, kann man eine demokratische, friedliche Gesellschaft aufbauen. ←

### **Links:**

Die Jiyan-Stiftung im Internet, auf Facebook und Twitter:

[www.jiyan-foundation.org](http://www.jiyan-foundation.org)

[www.facebook.com/jiyanfoundation](https://www.facebook.com/jiyanfoundation)

[@JiyanFoundation](https://twitter.com/JiyanFoundation)



**Salah Ahmad**

ist Psychotherapeut und Gründer und Vorsitzender der Jiyan-Stiftung. Er lebt in Deutschland und der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak. Für seine Arbeit erhielt er 2015 das Bundesverdienstkreuz. [info@jiyan-foundation.org](mailto:info@jiyan-foundation.org)



AV picture-alliance

# Afghanistans Probleme belasten Nachbarland

*Afghanische Flüchtlinge  
in Islamabad.*

Pakistan ist das Land mit den zweitmeisten Flüchtlingen weltweit. Auch die Zahl der Binnenvertriebenen steigt. Militante Extremisten proben den Aufstand. Angesichts vieler Herausforderungen wird Islamabad nicht allen nationalen und internationalen Pflichten gerecht.

## Von Waqqas Mir

➔ Vor der Syrien-Krise hatte Pakistan jahrelang die höchsten Flüchtlingszahlen weltweit. Laut UN-Flüchtlingswerk UNHCR steht nun die Türkei auf Platz eins, gefolgt von Pakistan mit 1,5 Millionen gemeldeten und geschätzt einer Million unregistrierten Geflüchteten.

Die meisten kommen aus Afghanistan, wo die Flucht nach Pakistan 1972 begann. Das Ausmaß schwankte je nach dem Grad der Gewalt, die gerade tobte. Die sowjetische Invasion löste 1979 die größte Fluchtwelle aus: Damals kamen rund drei Millionen Afghanen nach Pakistan.

Pakistans großzügige Aufnahme afghanischer Flüchtlinge hat historische Gründe und wird weltweit anerkannt. Das Land, das 1947 Millionen muslimischer Migranten aus Indien aufnahm, war auch bereit, der überwiegend muslimischen Bevölkerung aus dem kriegsgebeutelten Nachbarland Zuflucht zu bieten. Generell wird anerkannt, dass die Verfassungsrechte mit wenigen Ausnahmen für Ausländer ebenso gelten wie für Pakistaner.

Diese Großzügigkeit hat eine Kehrseite. Islamischer Extremismus gedeiht in den Flüchtlingslagern. Viele junge Kämpfer gingen von dort nach Afgha-



Mohammad Sajjad/ AP Photo/Picture alliance

*Blutige Anschläge machen Pakistan zu schaffen – am 20. Januar traf es eine Universität in der Nähe von Peshawar.*

nistan zurück; andere schlossen sich extremistischen Gruppen in Pakistan an. Das ist eine bittere Konsequenz der Idee von Pakistan als Nation der südasiatischen Muslime (siehe auch Maryam Khan in E+Z/D+C 2015/05, S. 26 ff.).

### Arbeit, Schulen und Krankenhäuser

Afghanische Flüchtlinge genießen in Pakistan Freizügigkeit. Der informelle Sektor bietet ihnen Arbeitsmöglichkeiten. Heute leben mehr als 70 Prozent der Flüchtlinge in Dörfern und Städten unter Pakistanern. Viele zog es in die Metropole Karachi, wo viele Pasch-

tunen leben. Paschto wird in Afghanistan und Pakistan gesprochen. Wegen der Flucht ist der paschtunische Bevölkerungsanteil in Karachi gestiegen – mit Folgen für die polarisierte Politik der Stadt. Ethnische Spannungen plagen unser multiethnisches Land, und das gilt besonders für Karachi, wo Gewalt zwischen verschiedenen Gruppen immer wieder vorkommt.

Staatliche Schulen und Krankenhäuser nehmen afghanische Flüchtlinge auf. Allerdings geht die Polizei immer wieder grob mit ihnen um. Sie haben Probleme, Wohnraum zu mieten. Insbesondere in Zeiten sozioökonomischer Spannung werden die Flüchtlinge auch verteuert. Viele Pakistaner machen Afghanen für Waffen- und Drogenhandel verantwortlich.

## Im Stich gelassen

Pakistans reichste Provinzen – Punjab und Sindh – weigern sich, intern Vertriebene (IDPs – internally displaced persons) aufzunehmen. Sie sprechen von Sicherheitsrisiken und mangelnden Mitteln. Damit verletzen sie das Recht auf Freizügigkeit, das Pakistan prinzipiell anerkennt. 2012 stritten Zentral- und Provinzregierungen sogar darüber, wer für die Versorgung der IDPs verantwortlich sei. Das zeigte, dass das Gespür für Föderalismus unterentwickelt ist und Institutionen in Notlagen nicht funktionieren.

Während der Hochwasser von 2012 hatte Punjab, die größte

Provinz, nicht einmal ein Amt für Katastrophenschutz. Dabei waren die Provinzen nach einer Rechtsreform von 2010 dazu verpflichtet, solch ein Amt zu gründen. Ein anderes schockierendes Beispiel für Behördenversagen war eine lange Debatte über die Folgen militanter Aufstände. Manche Spitzenbeamte bezweifelten, dass Sicherheitsoperationen als Katastrophe einzustufen seien. Ihnen zufolge stand Unterstützung zwar Flutopfern zu, nicht aber Menschen, die vor politischer Gewalt geflohen sind.

Die Menschenrechtslage für IDPs in Pakistan bleibt düster. Die UN-

Leitlinien zur Binnenvertreibung von 1998 werden regelmäßig ignoriert oder wissentlich missachtet. Pakistans Menschenrechtskommission berichtet, Angehörige von Minderheiten seien willkürlich von einem Ort zum anderen verlegt worden und die Religionsfreiheit werde oft missachtet. Einer Gruppe vertriebener Hindus wurde etwa die Pacht von Land verwehrt, weil die örtliche Bevölkerung keinen nichtmuslimischen Tempel dulden wollte.

Immer wieder berichten Hilfsorganisationen, Schwangere oder Menschen mit Behinderungen

Für Pakistans Wirtschaft sind die Flüchtlinge eine Belastung. Das Land ist recht arm; das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und Jahr liegt nur bei etwa 1200 Dollar. Dennoch bewegen sich Flüchtlinge massenhaft frei im Land und beanspruchen knappe Ressourcen wie Land, Wasser, Energie und Arbeitsplätze. 2010 stand in einem UNHCR-Bericht, die Flüchtlinge trügen „zur beschleunigten Abnutzung von Straßen und Kanälen und einem deutlichen Anstieg des Brenn-, Kraftstoff- und Futtermittelverbrauchs“ bei. Seinerzeit lebten laut UNHCR in keinem anderen Land so viele Flüchtlinge wie in Pakistan.

Immer wieder wird die Ausweisung afghanischer Flüchtlinge gefordert. Die offizielle Politik ist aber, dass die Rückkehr nur freiwillig erfolgen wird, sofern die Flüchtlinge korrekt gemeldet sind.

Damit alle Flüchtlinge erhalten, was ihnen zusteht, braucht Pakistan internationale Unterstützung. Andererseits muss die internationale Gemeinschaft Druck ausüben, damit die Regierung ihrer Verantwortung dann auch gerecht wird. Im Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus haben Flüchtlingsrechte nicht unbedingt innenpolitische Priorität.

## Überschwemmungen und Extremismus

Die große Zahl an intern Vertriebenen (IDPs – internally displaced persons) verschärft die Probleme. Sie ist im vergangenen Jahrzehnt schnell gestiegen. Hochwasser spielten dabei ebenso eine Rolle wie Sicherheitsoperationen im Nordwesten. Das Inter-

nal Displacement Monitoring Center (IDMC) schätzt, Überschwemmungen hätten zwischen 2008 und 2013 an die 14 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen gemacht.

Derzeit gibt es mehr als 1,5 Millionen registrierte IDPs in Pakistan. Die tatsächliche Zahl ist vermutlich höher. Schätzungen zufolge sind 500 000 Betroffene nicht amtlich registriert.

Nur rund 40 000 IDPs sind in staatlichen Notlagern untergebracht. Die überwiegende Mehrheit lebt in Ortschaften im Nordwesten, in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa und den halbautonomen Federally Administered Tribal Areas. Für die überwiegend sehr arme Bevölkerung dort sind sie eine Last.

Angesichts der IDP-Probleme pflegen Staat, Zivilgesellschaft und Medien eine Rhetorik des nationalen Zusammenhalts. Pakistan ist aber ein multi-ethnisches Land, sodass IDPs als Konkurrenten um Arbeit und Ressourcen gesehen werden. Xenophobie kommt vor. Der pakistanischen Menschenrechtskommission macht ethnisch motivierte Gewalt große Sorgen. In der Tat werden IDP-Rechte oft verletzt (siehe Kasten unten).

Zivilgesellschaftliche Gruppen aus Pakistan und dem Ausland kritisieren regelmäßig das Versagen der Zentral- und Provinzregierungen, die Rechte der IDPs zu wahren und sich über deren Nöte zu informieren. Es stimmt, dass dem Staat die Mittel fehlen, um alle IDPs zu versorgen. Die internationale Gemeinschaft und die pakistanische Zivilgesellschaft müssen helfen. Sie müssen aber auch genug Druck auf den Staat ausüben, damit dieser seine heimischen und internationalen Pflichten erfüllt. ←

würden nicht richtig versorgt. Schätzungen zufolge sind mehr als 70 Prozent der Binnenvertriebenen Frauen und Kinder. Wenn Kinder von ihren Eltern getrennt werden, erhalten sie oft nicht die nötige Betreuung und Unterstützung.

Frauen, die Haushalten vorstehen, haben Schwierigkeiten, sich offiziell registrieren zu lassen, weil das Meldegesetz davon ausgeht, dass Familien männliche Oberhäupter haben. Die Behörden wollen zudem einen gültigen, elektronisch erfassten Personalausweis sehen. Hunderttausende Frauen in konservativen länd-

lichen Gebieten haben aber ihr Heim vermutlich nie verlassen, um solch ein Dokument zu beantragen. Das ist offensichtliche Geschlechterdiskriminierung und verstößt gegen die Menschenrechte, die Menschenwürde und den Respekt vor Familien.

In den Städten finden IDPs nur schwer Arbeit, weil örtliche Behörden dazu aufrufen, niemanden einzustellen, der aus einem Stammesgebiet geflohen ist. Binnenvertriebene werden vielfach vom politischen Prozess ausgeschlossen – als Wähler ebenso wie als Kandidaten. Das liegt auch daran, dass die Wähler-

listen veraltet sind. Viele IDPs haben zudem ihre Ausweise und sonstigen Dokumente verloren, so dass sie auch bei Rückkehr und Wiederansiedlung entrechtet bleiben.

Dass der pakistanische Staat afghanische Flüchtlinge, die ganz überwiegend sunnitische Muslime sind, tendenziell großzügiger behandelt als Binnenvertriebene, scheint paradox. Zu dieser traurigen Realität trägt bei, dass unter den IDPs auch religiöse Minderheiten sind und dass staatliche Stellen in Pakistan all zu oft überlastet, unterfinanziert und dysfunktional sind. (wm)



**Waqqas Mir**

ist Anwalt am High Court in Lahore.

[wmir.rma@gmail.com](mailto:wmir.rma@gmail.com)

# Glücksuche im Ausland

Nicht alle Afrikaner fliehen vor kriegerischen Konflikten in ihrer Heimat in den Westen. Viele Akademiker verlassen Zentral- und Ostafrika auch, weil es für sie kaum Arbeitsplätze gibt. In Europa oder Nordamerika dagegen werden bestimmte Qualifikationen gesucht. So kommen zum Beispiel immer mehr katholische Priester aus Ländern des Südens. Auch im sozialen Bereich sind afrikanische Fachkräfte gefragt. Aber nicht jeder findet sein Glück im Westen. Drei Menschen, die Uganda verlassen haben, berichten E+Z/D+C, was sie erlebt haben.

Von Isabella Bauer

➔ Faihda Dede Ombasa lebt in Arua, einer Stadt im Nordwesten Ugandas, die aus einfachen Lehmhütten und Häusern mit Wellblechdach besteht. Während des Bürgerkrieges in den späten 1970er Jahren bekam Faihda ein Stipendium und konnte als einziges Mädchen in der Region nach Vermont in die USA gehen und dort Abitur machen. Sie hatte erst Angst, doch es lief gut: „Ich war überrascht, wie warm und ehrlich ich willkommen geheißen wurde“, erinnert sie sich. Ein älteres Ehepaar nahm sich ihrer an und wurde ihre neue Familie. Das ländlich geprägte Vermont schien gerade der richtige Ort für sie zu sein: „Ich mochte die Stadt und ihre Menschen, mit ihren liberalen Ansichten und ihrem Glauben an Fairness, Gleichheit und Freiheit.“

Aber auch die Schattenseiten der Gesellschaft blieben ihr nicht lange verborgen: „Ich war so überrascht, als ich feststellte, dass es hier Armut gibt und Menschen, die als obdachlos bezeichnet werden. Und natürlich lernte ich bald, dass schwarz zu sein hier bedeutet, minderwertig zu sein.“

Ein weiteres Stipendium brachte Faihda nach New York, wo sie Sozialarbeit studierte. Als Sozialarbeiterin arbeitete sie dort dann viele Jahre mit gefährdeten Jugendlichen. Die erste Reise zurück in ihre Heimat Uganda war prägend: „Das war 1991, als ich zur Beerdigung meiner älteren Schwester kam, die an den Folgen von Aids gestorben war. Ich wusste sehr bald, dass ich nur in die USA zurückgehen würde, um meine Heimkehr nach Uganda vorzubereiten. Ich merkte plötzlich, dass ich in diesem Land nicht mehr leben wollte.“ Und so kehrte sie tatsächlich wenige Jahre später zurück in das Dorf, in dem sie aufgewachsen war.

Ihre Eltern waren überglücklich. Auch darüber, dass sie ihnen bald ein Enkelkind schenken würde. Doch der ugandische Vater des Kindes kam nicht wie versprochen aus den USA nach. Als alleinstehende Mutter hatte Faihda in dieser Gesellschaft keinen Platz und so willigte sie ein, die zweite Frau eines Mannes

aus der Nachbarschaft zu werden. Mit diesem und seiner Erstfrau lebt sie bis heute zusammen.

Bald nach der Geburt ihrer Tochter wurde Faihda in einem staatlichen Entwicklungsprogramm angestellt. Dort setzte sie die Erfahrungen ein, die sie im Ausland gesammelt hatte: „Meine zweiten Eltern in den Staaten hatten mich mit völlig anderen Wertvorstellungen in Kontakt gebracht. Sie hatten mich zu einer selbstbewussten, mutigen Frau werden lassen.“ Sie versuchte, auch die Gemeinden um sich herum zu modernisieren: „Es war wichtig, nicht über die gesellschaftlichen Bedingungen zu urteilen. Langsam und mit viel Respekt habe ich versucht, die Menschen für Veränderung zu sensibilisieren. Es sind schließlich meine eigenen Leute.“

Bis heute arbeitet Faihda für unterschiedliche ugandische und ausländische Organisationen. Stets liegen ihr die einfachen Leute am Herzen. Einer jungen Frau, die wie sie damals in den Westen gehen möchte, würde sie raten: „Denk nicht, dass die Straßen im Westen mit Gold gepflastert sind. Du musst hart arbeiten, um etwas zu erreichen – dreimal so hart wie die Einheimischen. Versuche etwas aus dir zu machen. Und vergiss deine Herkunft nicht.“

## Positive Erfahrungen

Irene Dawas stand früh dafür ein, ihre eigenen Entscheidungen treffen zu dürfen. Sie hat eine ungewöhnliche Geschichte zu erzählen, für eine Frau, die im ländlichen Uganda aufgewachsen ist: „Ich bin nach Europa gegangen, um einen Master in Friedenswissenschaften zu machen. Dann war ich immer wieder in den Staaten, im Sudan und Südsudan und in der Karibik. In jedem Land habe ich einzigartige Erlebnisse gehabt. Aber in den westlichen Ländern habe ich immer wieder erlebt, dass die Menschen nicht glauben konnten, dass eine gut ausgebildete, unabhängige Frau aus einem Entwicklungsland kommen kann. Sie haben erwartet, dass ich nach einem besse-



*Faihda Dede Ombasa und Irene Dawa haben beide Arbeitserfahrung in Europa gesammelt und sind in ihre Heimat Uganda zurückgekehrt.*

ren Leben im Westen suche, dass ich als Bittstellerin komme“, sagt sie.

Doch hat sie auch viele positive Überraschungen in den westlichen Ländern gemacht: „Ich war völlig überrascht, als ich das erste Mal nach Europa gekommen bin, dass völlig fremde Leute mir geholfen haben“, sagt sie. Und bereits seit ihrem Studium in Österreich hat sie viele Freunde aus der ganzen Welt. Diese trifft sie immer wieder bei ihren Einsätzen als Beraterin für internationale Organisationen. Die überzeugte Frauenrechtlerin hat sich auf Konfliktmanagement und Flüchtlingsarbeit spezialisiert. Zuletzt arbeitete sie im größten Flüchtlingslager Ostafrikas in Uganda, direkt an der Grenze zum Südsudan, aus dem die meisten Flüchtlinge kommen.

Es ist nicht immer einfach, sich in den unterschiedlichen Welten zu bewegen: „Wenn ich nach Uganda heimkomme, bin ich überglücklich, meinen Vater zu sehen und meine eigene Sprache zu sprechen. Aber oft streiten wir auch. Denn ich bin sehr selbstbewusst

geworden im Ausland. Ich bin es gewohnt, meine eigenen Entscheidungen zu treffen. Zu Hause wollen dann andere für mich entscheiden und verplanen mein Geld – das nehme ich nicht mehr hin“, sagt sie. Und so muss die Familie nun alles mit ihr besprechen, an dem sie beteiligt ist.

Irene Dawa hat noch viele ehrgeizige Pläne für ihre Zukunft: Gerade hat sie ihre eigene Hilfsorganisation gegründet und bewirbt sich für ein Doktorandenprogramm in England. Ihr Ziel: eine große Frauenrechtsorganisation zu führen, die sich für Bildung und freie Entwicklungschancen für Frauen einsetzt.

Ihr Rat an andere jungen Frauen, die in den Westen gehen wollen: „Überlege dir erst gut, warum du dein Land verlassen willst. Und dann verfolge deinen Weg konsequent. Denn in den anderen Ländern kannst du leicht auf Abwege geraten, wenn du nicht weißt, was du dort suchst. Respektiere die Kultur der Menschen, und nimm das positiv auf, was darin gut für dich ist.“



Bauer

Das Dorf Arua, in dem  
Faihda Dede Ombasa  
lebt.



**Isabella Bauer**  
ist freie Journalistin und  
Beraterin. Sie ist auf Ostafrika,  
südliches Afrika und  
Deutschland spezialisiert.  
[isabella.bauer@gmx.de](mailto:isabella.bauer@gmx.de)

Pater Joseph Adriga (Name geändert) bereitet den Sonntagsgottesdienst in seiner Gemeinde in der Voreifel vor. Das ist Routine, denn der Ugander ist bereits seit fast zehn Jahren als katholischer Pfarrer in Deutschland tätig. Begonnen hatte alles mit einem kirchlichen Promotionsstipendium: „Mein Bischof schlug mir vor, in Deutschland zu promovieren, und ich willigte ein. Damals war ich für eine leitende Position in unserer Diözese vorgesehen“, sagt Pater Joseph. Bereits zuvor war er einige Male in Deutschland gewesen und hatte Seminare besucht.

Seine Diskussionen mit Joseph Ratzinger, dem späteren Papst, und anderen afrikanischen Priestern hat er in lebhafter Erinnerung: „Wir haben immer gesagt, diese Dogmatik ist vielleicht gut für den westlichen Kontext, aber in Afrika funktioniert das Leben so nicht. Und wir haben Nächte lang diskutiert.“ Und so musste er sich in vielerlei Hinsicht umstellen, als er neben der Promotion auch begann, deutsche Gemeinden zu betreuen. Die größte Veränderung war jedoch, in fast leeren Kirchen zu sprechen: „Es war ein Schock, hier zu sehen, dass die Menschen nicht in diese wunderschönen Kirchen gehen. Und ständig werden mehr Gemeinden zusammengelegt. Wir Pfarrer können das kaum bewältigen“, sagt er.

Insgesamt gefällt es ihm jedoch, in Deutschland zu arbeiten und zu leben: „Als Pfarrer werde ich hier gebraucht. Und anders als in Uganda, wo ich immer von der Kollekte abhängig bin und davon, dass die Menschen, die ohnehin nicht viel haben, mir etwas geben, habe ich hier ein sicheres Einkommen. Die Kirche sorgt für mich“, resümiert er.

Was er vermisst, ist die Gesellschaft von Freunden und Familie, eine Sorge, die, wie er sagt, hier so viele Menschen umtreibt: „Diese Einsamkeit hier ist wirklich ein riesiges Problem. Die Menschen haben alles, außer Gemeinsamkeit“. Und so freut er sich jedes Jahr auf den Sommerurlaub in seiner Heimat. Auch wenn die Menschen daheim hohe Erwartungen daran haben, dass er sie finanziell unterstützt.

Die Werte daheim in Uganda und in seiner zweiten Heimat Deutschland sind auch in vielen anderen Bereichen unterschiedlich. Als Seelsorger ist das nicht immer einfach: „Am Anfang habe ich vor allem zugehört“, sagt er. „Mit der Zeit habe ich verstanden, dass es immer um Beistand geht und sich im Gebet auch das löst, was wir nicht verstehen können.“ Ob er für immer in Deutschland bleiben wird oder nicht, ist noch nicht entschieden. Solange seine Promotion nicht abgeschlossen ist, wird er bleiben dürfen. Danach entscheidet sein Bischof in Uganda. Doch Joseph hat Sorge, dass er daheim nicht mehr angenommen wird. Dass er als einer gesehen wird, der im unmoralischen Europa Fuß gefasst hat und die afrikanischen Werte und den wahren Glauben verlernt hat. Die einzige andere Möglichkeit für ihn ist, in eine deutsche Diözese überzutreten – für immer.

Einem jungen afrikanischen Kollegen würde er mit auf den Weg geben: „Wenn du einmal weggehst, kann das dein ganzes Leben verändern. Vielleicht ist es irgendwann sehr schwierig, zurück nach Hause zu gehen. Das solltest du bedenken.“





Werden Sie  
unser Fan auf  
**Facebook!**



www.facebook.com/development.and.cooperation

**D+C** Development and Cooperation  
Zeitschrift

77.874 „Gefällt mir“-Angaben

**PERSONEN**

**INFO**

D+C Development and Cooperation is a website and print magazine on development and international cooperation. www.dandc.eu

http://www.dandc.eu/

**FOTOS**

**D+C** D+C Development and Cooperation  
2 Std. · 🌐

**NOWADAYS:**  
19-year old Ethel Elephat dropped out of primary school in 2010 because she could not afford school fees. She had lost both parents, and her only option for survival was getting married. But then two village women from the Participatory Development Initiatives (PDI) NGO approached her - and her life changed.

**Bringing girls back to school**  
Malawi's civil-society organisations help to keep girls from dropping out of school

DANDC.EU

👍 Gefällt mir    💬 Kommentieren    ➦ Teilen



# Spiegel der Gesellschaft

In Guatemala ist die 6-jährige Grundschule Pflicht und der Schulbesuch gratis. Die staatlichen Bildungsprogramme haben zudem gute Ziele: Schulesen, Inklusion, interkulturelle Bildung und didaktisches Lehrmaterial gehören dazu. An der Umsetzung aber hapert es gewaltig, und auch landesweite Probleme wie Armut, Korruption, Gewalt und Rassismus hinterlassen Spuren.

Von Patricia Galicia

In Guatemala ist das Recht auf Bildung in der Verfassung festgehalten. Der Besuch der 6-jährigen Grundschule ist Pflicht, und es ist die einzige Schulform, die der Staat umsonst für alle Kinder anbieten muss. Dennoch besuchen rund 245 000 Mädchen und Jungen zwischen 7 und 12 Jahren keine Schule. Der Prozentsatz der Schulpflichtigen, die nicht zur Schule gehen, ist in den letzten Jahren leider deutlich gestiegen: von 5,5 Prozent 2006 auf 19 Prozent 2015. Einer aktuellen Studie zufolge bleiben besonders Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern, aus ländlichen Regionen und mit indigener Abstammung dem Unterricht fern.

Im Gegensatz zu den weiterführenden Schulen ist der Großteil der Grundschulen in Guatemala in öffentlicher Hand. Seit 2005 sind mehr als 1 500 neue staatliche Grundschulen registriert worden. Dennoch nimmt der Anteil der Privatschulen langsam zu und liegt mittlerweile bei 14,7 Prozent (siehe Kasten S. 41).

Während sich private Schulen meist in den Städten niederlassen, sind öffentliche Schulen im ländlichen Raum oft die einzigen Grundbildungseinrichtungen. Hier ist der Anteil der indigenen Bevölkerung groß, und die Armuts- und Mangelernährungsraten sind hoch. Jeder vierte Junge und jedes dritte Mädchen müssen neben der Schule arbeiten.

## Kostenlos – aber dennoch zu teuer

In den Friedensverträgen von 1996, die dem 36-jährigen Bürgerkrieg in Guate-

mala ein Ende setzten, verpflichtete sich der Staat, mehr in Bildung zu investieren. Entsprechend gab die Regierung im Jahr 2013 auch rund 2,8 Prozent des Haushaltsbudgets für Bildung aus. Die Hälfte davon floss in Grundschulen: in die Unterrichtskosten, die Subventionierung von Schulesen und in Lehrmaterial.

Doch die Bürokratie und die weit verbreitete Korruption machten viele gute Pläne zunichte. Schulbücher und Unterrichtsmaterial kommen oft erst Ende des Schuljahres an – wenn überhaupt. Das Programm für Schulesen ist ein anderes Beispiel. Jedes Kind sollte ein ausgewogenes Frühstück und Mittagessen bekommen, um Mangelernährung vorzubeugen und die Konzentration zu fördern. Dies ist

besonders für arme Kinder sehr wichtig. Die Gelder wurden aber viel zu spät ausbezahlt, und oft war die Summe zu gering. Viele Schulen konnten nur sporadisch Essen austeilen. In anderen Fällen erfüllte das gelieferte Essen nicht die vereinbarten Qualitätsstandards.

Trotz des Programms zur kostenlosen Bildung ist der Schulbesuch für arme Kinder teuer. Bis vor einigen Jahren mussten die Eltern eine jährliche Einschreibungsgebühr zahlen. Diese wurde zwar mittlerweile abgeschafft, die Schulen bitten aber dennoch um „freiwillige Beiträge“ für Reparaturen, Trinkwasser, Computer sowie zur Aufstockung der Lehrergehälter und für Sicherheitsdienste zum Schutz des Gebäudes. Dazu kommen noch die Ausgaben für Schuluniformen und Material.

Viele kinderreiche Familien müssen deshalb eines ihrer Kinder aussuchen, das die Schule besuchen darf. Einige schicken sie auch abwechselnd für einige Zeit, damit mehrere von ihnen zumindest lesen und schreiben sowie die Grundrechenarten lernen, denn diese Fähigkeiten sind auch für die Subsistenzlandwirtschaft wichtig.

## Tribüne



Nicht jede Schule auf dem Land ist so gut ausgestattet: indigene Grundschüler mit Schreibpulten in Guatemala.

Tausende von Kindern müssen lange Strecken laufen, um zur Schule zu kommen, oder die unsicheren öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, die zudem oft durch gefährliche Gegenden fahren.

## Überlastung, Kriminalität und Naturkatastrophen

Besonders im ländlichen Raum sind die Lehrer oft überlastet. Lehrer an privaten Schulen unterrichteten 2014 im Schnitt je 15 Schüler. Auf jeden Lehrer an öffentlichen Schulen hingegen kamen 26, in den Vorstädten auch mal über 40 Schüler. In einigen Schulen auf dem Land muss

ein einziger Lehrer drei unterschiedliche Altersklassen gleichzeitig unterrichten und zudem die Schule leiten. Es gibt auch nicht genug didaktisches Material, besonders nicht für Sport- oder Kunstunterricht. Im Laufe der letzten Jahre hat die Regierung das Bildungsbudget gekürzt und Zeitarbeitsverträge bei Lehrern eingeführt. Dadurch ziehen sich die Auswahl- und Einstellungsprozesse nun viel länger hin, und Schulklassen wird zum Teil über längere Zeit hinweg einfach kein Lehrer zugeteilt.

Auch die Gebäude sind häufig in schlechtem Zustand. In armen Gegenden werden Klassenräume oft nur aus Wellblechwänden gebaut, und das Lehrerpult

besteht aus ein paar aufgeschichteten Ziegelsteinen. In anderen Fällen muss jeder Schüler einen Eimer Wasser für die Toilettenspülung mitbringen. Erdbeben, Erdrutsche und Überschwemmungen haben große und unwiderrufliche Schäden an vielen Schulgebäuden hinterlassen, und die betroffenen Schüler haben für unbestimmte Zeit keine Unterrichtsräume.

Noch haben auch nicht alle Schulen Computerräume – vor allem nicht in Gebieten, in denen es nicht einmal elektrischen Strom gibt. Aber auch dort, wo es Computer gibt, fehlen oft die Mittel für Instandhaltung, Internetanschluss und ausgebildete Informatiklehrer.

## Private Grundschulen auf dem Vormarsch

Der Anteil an privaten Grundschulen in Guatemala ist in den letzten zehn Jahren langsam, aber doch deutlich gewachsen. Das erhöht die soziale Ungleichheit. Schuld ist vor allem das sinkende Niveau der öffentlichen Schulen, meint die Bildungsexpertin Cecilia Garcés vom Population Council. Sie kritisiert, dass Medien, Politiker und Wirtschaftsvertreter Bildung eher als Dienstleistung darstellen denn als Menschenrecht. Viele Familien würden sich aber nicht wegen der Qualität des Unterrichts für eine private Schule entscheiden, sondern damit ihre Kinder mit Schülern aus einkommensstarken Familien in Kontakt kommen. Sie profitierten zudem von dem Prestige einer Einrichtung, von der die Mehrheit denkt, dass die Schüler besser ausgebildet sein müssen, weil sie für die Leistung bezahlt haben. Dadurch wird der Graben zwischen Arm und Reich immer größer.

Wenn die Politik nicht in Bildung investiert, wird es ihr nicht möglich sein, ein Bildungssystem aufzubauen, das soziale Mobilität ermöglicht. Patricia Galicia sprach darüber mit Carlos Aldana, dem ehemaligen Vizeminister für Technologie und Bildung.

### Herr Aldana, inwiefern erhöht die Verbreitung von privaten Schulen die Ungleichheit in der Bevölkerung?

Die richtigen Kompetenzen zu haben erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

In den Schulen erlangen die Schüler aber unterschiedliches Wissen und unterschiedliche Fähigkeiten. Da haben vor allem die staatlichen Einrichtungen Defizite: Sie lehren vor allem traditionelle Fächer.

Für die Arbeitswelt sowie für Partizipation in Politik und Gesellschaft sind zudem der Zugang und der richtige Umgang mit Medien und Kommunikationstechnologien wichtig. Hierauf bereiten die öffentlichen Schulen nicht vor. Das erhöht den Digital Gap und erschwert wiederum vielen Schülern den Einstieg auf dem Arbeitsmarkt. Politische Partizipation ist für Bevölkerungsgruppen mit höherem Bildungsgrad leichter. Diese sammeln sich in Privatschulen, was die politischen Ungleichheiten erhöht.

### Wie wirkt sich das auf arme und indigene Schüler aus?

Die ethnischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Schüler sind immer noch fundamental entscheidend für ihren Lernerfolg. Armut verschärft die Exklusion in der Bildung. Zum Beispiel beeinträchtigt mangelnde Ernährung die neurologischen Fähigkeiten in den ersten Jahren. Da Armut besonders in den ländlichen Gegenden vorherrscht, betrifft dies vor allem indigene Kinder. Zudem lernen diese meist nicht in ihrer eigenen Sprache. Viele von ihnen sind eingeschrieben, schließen aber die Schuljahre nicht erfolgreich ab, werden nicht rechtzeitig fertig und erler-

nen deshalb lebenswichtigste Fähigkeiten nicht.

Das Recht auf Bildung für alle ist eine große Errungenschaft. Es soll nicht wegen Armut oder Kinderarbeit eingeschränkt sein. Dennoch machen viele Kinder und Jugendliche in unserem Land von ihrem Recht auf Bildung keinen Gebrauch.

### Wie kann man das Recht auf Grundschulbildung in einem Land wie Guatemala durchsetzen?

In der Politik und bei der Haushaltsplanung muss der bilinguale Unterricht Priorität haben, denn er fördert inklusive Bildung. Dies bedeutet: Muttersprachlicher Unterricht muss garantiert werden. Es muss mehr bilinguale und tatsächlich interkulturelle Lehrer geben, die keine reinen Übersetzer sind. Gut ausgebildete Lehrkräfte müssen gemeinsam mit den indigenen Völkern und ihren Organisationen eine nationale Strategie für inklusive Bildung entwickeln. Wichtig ist, dass im Unterricht nicht nur über Geschlechtergerechtigkeit geredet wird. Es müssen Strategien und Methoden entwickelt werden, die tatsächliche Inklusion von Frauen und Männern fördern, so dass sie ihr Recht auf Bildung gleichberechtigt genießen können. Dies bezieht sich zum einen auf den Schulunterricht, in dem eine Atmosphäre von Respekt und Anstand vorherrschen sollte. Es gilt aber auch für die anderen Bereiche des ganzheitlichen Bildungssystems, wie die Familie oder Jugendorganisationen.

Ein weiteres Problem ist Unterrichtsausfall. Wegen der Instabilität ihrer Arbeitsverhältnisse und verspäteter Lohnauszahlungen streiken die Lehrer häufig. Zudem werden die Schulgebäude zeitweise als Wahllokale oder als Notunterkünfte für Opfer von Naturkatastrophen genutzt. Dadurch finden die vorgeschriebenen 180 Unterrichtstage im Jahr de facto nicht statt.

## **Gute Ziele, schlechte Umsetzung**

Immer wieder schließen Schulen auch, weil Kriminelle Schutzgeld fordern. Sie drohen, Schülern und Lehrern sonst etwas anzutun. Gewalt ist in Guatemala allgegenwärtig. Es sind schon Schüler in der Schule ermordet worden. Auch in diesen Fällen fällt zunächst einmal der Unterricht aus. Einige Schüler bleiben der Schule danach ganz fern, weil sie sich nicht mehr zum Unterricht trauen.

Laut dem nationalen Lehrplan soll der Schulunterricht Geschlechtergleichstellung,

Inklusion und Respekt vor der indigenen Bevölkerung fördern, die Schüler zu mündigen Bürger erziehen und eine Kultur des Friedens schaffen. Rund 10 Jahre nach Genehmigung des Lehrplans haben die Lehrer aber immer noch keine entsprechende Weiterbildung bekommen und wissen nicht, wie sie diese Ziele im Unterricht umsetzen können.

Kinder aus indigenen Familien müssen sich in ein Schulsystem eingliedern, das nicht auf ihrem Weltbild aufbaut. Es pflegt nicht ihre kulturellen Werte, geht wenig auf ihre geschichtlichen Vorfahren ein und berücksichtigt ihre sozioökonomische Situation nicht. Auch der Beitrag indigener Völker zur Gesellschaft wird im Unterricht oft unterschlagen. Es gibt zwar das nationale Ziel, bilinguale und interkulturelle Bildung anzubieten. Noch ist der Anteil der Lehrkräfte, die auf Spanisch und in einer der 24 indigenen Sprachen unterrichten können, jedoch sehr gering.

„Es gibt viele Lehrer, die zwar selber Indigene sind, ihre Sprache aber nicht richtig schreiben und auch nicht darin unterrichten können“, erklärt Zoila Tot,

eine Q'eqchi-Indigene, deren Kinder die staatliche Schule ihres Dorfes besuchen. „Sie unterrichten lieber auf Spanisch aus Sorge, diskriminiert zu werden. Es gibt viel Rassismus. Die Leute denken, dass es minderwertig ist, wenn man in einer Maya-Sprache lernt. Die Leidtragenden sind die Kinder: Viele müssen die erste Klasse wiederholen oder verlassen sogar die Schule. Ihre Familien sehen die Schule dann als Zeit- und Geldverschwendung an.“

All diese Faktoren beeinträchtigen den Unterrichtserfolg. Einer Studie von 2014 zufolge konnten die Schüler der sechsten Klasse in Lesen nur 40 Prozent der Fähigkeiten vorweisen, die sie zu diesem Zeitpunkt erreicht haben sollten. In Mathematik waren es 44 Prozent. Die richtigen Gesetze sind da, aber es gibt noch viel zu tun. ←

### **Patricia Galicia**



ist Journalistin und Radioredakteurin in Guatemala-Stadt

[pati.galicia40@gmail.com](mailto:pati.galicia40@gmail.com)

## **Interview**

# „Die Zeit ist knapp“

Im Rahmen der UN ist im Dezember ein neues Weltabkommen zum Klimaschutz vereinbart worden. Es bleiben aber weiter viele wichtige Fragen offen. Hans Dembowski hat den Klimaexperten Thomas Loster von der Münchener Rück Stiftung gebeten, die Dinge zu erklären.

### **Interview mit Thomas Loster**

**Das Abkommen von Paris behandelt zum ersten Mal Verluste und Schäden, die durch den Klimawandel entstehen, schließt aber zugleich die Haftung der Industrieländer als Hauptverursacher aus. Wie lässt sich das sinnvoll lösen?**

Verluste und Schäden haben die Verantwortlichen im Klimasekretariat bei den Vereinten Nationen (UNFCCC) schon länger im Visier, auch wenn sich diese im Detail nie ganz genau beziffern lassen werden. Aber es ist gut, eine möglichst genaue Gesamtinventur über Klimawandelfolgen und -kosten zu haben. Natürlich liegt es nahe, die Verursacher historischer

und aktueller Emissionen zur Kasse zu bitten und Kompensationszahlungen zu fordern. Ich glaube aber, dass die verantwortlichen Entscheider befürchten, dann Länder wie China oder USA im UNFCCC-Prozess zu verlieren. Damit wäre dem Klima überhaupt nicht gedient. Das Wort Kompensation war am Verhandlungstisch nicht nur in Paris mehr als heikel.

**Grundsätzlich können Versicherungen Schäden kompensieren, und davon war in Paris auch die Rede. Lässt sich das in sehr armen Ländern wirklich machen? Dort brauchen viele Menschen ihr Einkommen für**

**den täglichen Bedarf und sind kaum bereit, in Schutz vor Schäden zu investieren, die vielleicht gar nie eintreten?**

Bestimmte Schäden, die etwa durch den beschleunigten Meeresspiegelanstieg oder längerfristige Gletscherschmelze verursacht werden – also sogenannte „slow-onset events“ –, kann man nicht versichern. Denn sie treffen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sehr große Regionen, und die Schäden sind monetär nicht berechenbar. Das Risiko lässt sich also versicherungsmathematisch nicht umverteilen. Bei Schäden durch Wetterextreme wie Dürren, Stürme und Fluten geht das aber sehr wohl. Ich bin in der Munich Climate Insurance Initiative (MCI) aktiv. Wir haben da beispielsweise in der Karibik eine Deckung für starke Stürme oder Fluten für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen entwickelt, die deren Lebensgrundlagen absichern. Für den Gegenwert von etwa vier Mittagessen kann man sich eine Versiche-

runbspolice (Livelihood Protection Cover) kaufen und ist dann gegen Extremwetter wie Stürme und Fluten versichert. Diese Art von „Climate Insurance“ stößt zunehmend auf Interesse, auch in der Politik im Kontext der Anpassung.

**Das Pariser Abkommen äußert den Ehrgeiz, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dafür müsste sofort gehandelt werden, aber erst in fünf Jahren sollen die freiwilligen Selbstverpflichtungen verschärft werden. Was bedeutet das?**

Damit sprechen Sie ein Kernproblem an. Es ist klar, dass Länder wie beispielsweise die kleinen Inselstaaten im Pazifik, denen schon heute das Wasser bis zum Hals steht, bereits bei 1,5 Grad schlimme Schäden hinnehmen müssen. Insofern verstehe ich das ambitionierte Ziel sehr gut. Nur: Es ist technisch kaum machbar.

Da helfen auch Methoden wie Geo-Engineering, beispielsweise das viel diskutierte CCS (Carbon Capture and Storage), das Abscheiden von CO<sub>2</sub> bei der Emission und die anschließende Einlagerung im Erdinneren, nicht. Die Idee dabei ist, Biogas für die Energiegewinnung zu nutzen, wobei die Emissionen eingefangen werden. Dann ergeben sich sogar negative Emissionen. Was aber die Einlagerung im Erdinneren angeht, fürchte ich, dass die gesellschaftliche und politische Akzeptanz dafür weltweit wohl kaum zu erreichen sein wird. Das gilt auch für andere Ideen, die vorschlagen, unsere Atmosphäre so zu verändern, dass sie sich weniger aufheizt.

Die Zeit ist knapp. Das hat uns der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) gut vorgerechnet. Die Zeitverzögerung, die das Paris-Abkommen jetzt ermöglicht, sehe ich als sehr ernstes Problem. Wir müssten eigentlich bereits gestern mit starken Emissionsreduktionen anfangen haben, wenn wir nur das 2-Grad-Ziel schaffen wollen. Jedes Jahr, das verstreicht, verschlechtert unsere Chancen, den Klimawandel zu stoppen.

**Die Industrieländer haben nochmals bestätigt, dass sie ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und Anpassung an den Wandel in Entwicklungsländer mobilisieren wollen. Darin sind aber Privatinvestitionen enthalten, die Regierungen**



„Kleinen Inselstaaten im Pazifik steht das Wasser heute schon bis zum Hals“: Taifun-Schäden in Vanuatu.

**per Definition nicht steuern können. Worauf sollen wir uns einstellen?**

Die 100 Milliarden Dollar ab 2020 sind keine Neuigkeit, das hört man jetzt schon seit Jahren. Absichtserklärungen und Zusagen – sogenannte Pledges – gibt es viele. Abgerechnet wird zum Schluss. Die Mittel, die bis dato im sogenannten Green Climate Fund angespart sind, sind recht überschaubar, und man darf gespannt sein, wie das 2020 aussieht. Auch die Beiträge der Privatwirtschaft, die sich die Regierungen so sehr wünschen, sehe ich derzeit noch nicht. Die Wirtschaft wird erst dann viel investieren, wenn es sich lohnt – das liegt in der Natur der Sache. Im Bereich der Partnerschaft zwischen Politik und Wirtschaft, den sogenannten Public-private Partnerships (PPP), braucht es gute Angebote auf beiden Seiten und einen langen Atem. Hier wird im Moment noch mehr geredet als gehandelt.

**Im Abkommen kommt das Wort „Dekarbonisierung“ nicht vor, obwohl es in der Praxis auf Dekarbonisierung ankommen wird. Welche Konsequenzen hat das?**

Ohne Dekarbonisierung schaffen wir gar kein Ziel, weder das 2-Grad- noch das 1,5-Grad-Ziel. Wenn wir überhaupt ein Ziel erreichen wollen, muss die Weltgemeinschaft spätestens zwischen 2050 und 2070 CO<sub>2</sub>-neutral wirtschaften. Das mutet angesichts heutiger Emissionen mehr als ambitioniert an. Gut ist aber, dass die Dekarbonisierung und beispielsweise die Debatte um das „Divestment“, also den Ausstieg aus Geldanlagen in fossile Energie, einen deutlichen Schub erfahren haben. Wenn es die Regierungen nicht schaffen, den Klimawandel zu stop-

pen, dann hat die Wirtschaft eine große Chance und Aufgabe. Auch wenn das Paris-Abkommen hier noch nicht sehr konkret ist, hoffe ich darauf.

**Mir scheint, dass nach Paris noch genauso viele Fragen offen sind wie vorher. Welchen konkreten Fortschritt hat das Abkommen denn gebracht?**

Auch wenn meine Antworten ein wenig pessimistisch klingen: COP21 war ein großer Erfolg. Die Euphorie am Ende des Gipfels war vielleicht etwas verfrüht, denn, wie gesagt, die Vereinbarungen müssen erst noch umgesetzt werden, und im Abschlussdokument tauchen Formulierungen wie „Länder sollten“ – auf Englisch „should“ – noch sehr oft auf. Aber stellen Sie sich vor, Paris hätte kein Ergebnis gebracht oder die Staaten hätten sich am Ende verweigert. Dann wäre der Verhandlungsprozess – gerade auch nach dem Debakel vom Klimagipfel in Kopenhagen 2009, der mit Pauken und Trompeten scheiterte – insgesamt in Frage zu stellen. Ein Abbruch des UNFCCC-Prozesses hätte weitreichende Folgen für uns alle. Bei Klimakonferenzen ist es wie bei Verhandlungen zu Frieden und Sicherheit: Auch wenn einzelne Teilergebnisse nicht voll zufriedenstellend sind, wäre es um die Welt viel schlechter bestellt, wenn gar nicht verhandelt würde. Insofern bewerte ich den Klimagipfel von Paris trotz der geäußerten Kritik als großen Erfolg.

**Thomas Loster**



Ist Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung. Er hat an 20 Klimagipfeln teilgenommen.

[tloster@munichre-foundation.org](mailto:tloster@munichre-foundation.org)

# Am Wendepunkt

Der WTO-Gipfel in Nairobi hat wichtige neue Abkommen beschlossen. Dennoch steckt die multilaterale Organisation in einer Krise und wird ihre Doha-Entwicklungsrunde vermutlich aufgeben.

Von Hans Dembowski

➔ Die alle zwei Jahre stattfindenden Ministerkonferenzen sind das wichtigste Entscheidungsforum der Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization). Beschlüsse erfordern Konsens, was unter mehr als 160 Mitgliedsländern schwer zu erreichen ist. Entsprechend gab es auch lange kaum Fortschritt.

Der Nairobi-Gipfel im Dezember markierte aber einen Wendepunkt. Es gab mehrere wichtige, wenn auch kleine Abkommen. Zugleich wurde der Dissens über die „Doha Development Round“ explizit benannt. So heißt die Verhandlungsrunde, die vor 14 Jahren in Katar gestartet wurde und vor allem die Chancen von Entwicklungsländern verbessern sollte. Sie kommt seit Jahren nicht voran. Das Eingeständnis von Dissens bedeutet in dem konsensbasierten System nun Scheitern.

Dennoch brachte der Gipfel echte Ergebnisse. So beschloss er etwa, dass Mitgliedsländer Dienstleistungen aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs – Least Developed Countries) für weitere 15 Jahre im Wettbewerb bevorzugen dürfen. Obendrein werden Handelspräferenzen für Güter aus LDCs nun leichter möglich.

Ein weiteres neues Abkommen betrifft die Informationstechnik (IT). Zölle für 201 Produkte – von Hightech-Halbleitern über MRT-Geräte bis hin zu Videospielkonsolen – entfallen. Diese Produkte machen etwa zehn Prozent des Welthandels aus, schätzt das unabhängige International Centre for Trade and Sustainable Development, das den einflussreichen Newsletter „Bridges“ herausgibt.

Elektronische Güter werden also billiger. Das kann dazu beitragen, den digitalen Graben, der Computernutzer von denen trennt, die keinen Zugang haben, kleiner zu machen. Allerdings spielen die ärmsten Länder im IT-Handel keine

große Rolle, was den Entwicklungseffekt begrenzen dürfte.

## Agrarfortschritte

Die wichtigsten neuen WTO-Beschlüsse betreffen indessen die Landwirtschaft:

- Exportsubventionen werden bis 2020 abgeschafft, und der Einsatz anderer Methoden zur Ausfuhrförderung (etwa Kredite oder Nahrungsmittelhilfe) wird strenger begrenzt als bisher.
- Es wird Regeln geben, die Entwicklungs- und Schwellenländern erlauben, temporär Zölle zu erheben, wenn Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt stark schwanken. Die Details müssen aber noch ausgehandelt werden.
- Entwicklungs- und Schwellenländern wird staatliche Vorratshaltung genehmigt, damit sie die Lebensmittelversorgung zu erschwinglichen Preisen sicherstellen können. Permanente Regeln gibt es dafür noch nicht, aber zunächst gelten bestehende, befristete Regeln weiter.

Diese Dinge sind entwicklungspolitisch sehr wichtig. Agrarsubventionen verzerrten nämlich den globalen Wettbewerb. Große, hochtechnisierte Höfe in reichen Ländern profitieren von staatlicher Förderung, während Kleinbauern in ärmeren Weltgegenden das nicht tun. Vielfach werden sie von ihren lokalen Märkten verdrängt, weil sie mit der ausländischen Konkurrenz nicht mithalten können. Sie steigen dann aus der Landwirtschaft aus oder werden zu Subsistenzbauern.

Das Abkommen von Nairobi besagt, dass die Exportausfuhren noch in diesem Jahr beendet werden, wobei für einige Ausnahmen die Frist noch bis 2020 läuft. Exportkredite werden auf 18 statt bisher 24 Monate Laufzeit begrenzt. Reiche Länder werden verpflichtet, in der Nothilfe auf

Nahrungsmittel-Sachleistungen zu verzichten, wenn diese örtliche und regionale Märkte stört. Zudem wurde das Ausmaß, in dem ihre Institutionen Nahrungsmittelhilfe verkaufen dürfen, um Geld für Entwicklungsprojekte aufzutreiben, strenger begrenzt.

Diese Schritte sind wertvoll. Allerdings verzerren andere Agrarsubventionen weiterhin den Wettbewerb. Als die Doha-Runde 2001 lanciert wurde, erhofften die Entwicklungs- und Schwellenländer sich mehr – und früher.

Tatsächlich haben die reichen Handelsmächte ihre Förderpolitik geändert. Die EU beispielsweise subventioniert jetzt nicht mehr jeden Liter Milch, jedes Kilo Fleisch oder jeden Zentner Getreide. Ihre Zahlungen richten sich nun vor allem nach der Fläche, die ein Hof bewirtschaftet. Je mehr Hektar das sind, desto höher sind die Subventionen, und umso leichter fällt es den Eignern, in moderne Technik zu investieren. Für landwirtschaftliche Betriebe bedeutet das: Sie müssen wachsen oder weichen.

## Enttäuschte Doha-Hoffnungen

Die Unterhändler aus benachteiligten Weltgegenden wollten in Doha die Wettbewerbsbedingungen für ihre Landwirte verbessern. Der Wandel von produkt- zu flächenorientierten Subventionen hilft ihnen etwas, aber sie hatten deutlich mehr erhofft. Entsprechend ist die Enttäuschung über das Stocken der Doha-Runde groß.

Ein anderer wichtiger Aspekt sind die sogenannten Singapur-Themen. Die Industrieländer wollten sie in die Doha-Runde aufnehmen, die anderen wehrten sich dagegen. Es geht vor allem um die Rechte von Investoren, das Wettbewerbsrecht und staatliche Ausschreibungen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer fürchten, Regeln für diese Dinge würden ihren wirtschaftspolitischen Spielraum so einschränken, dass sie zu den reichen Nationen nicht mehr aufholen könnten.

Um den Gipfel in Doha nicht scheitern zu lassen, waren EU und USA letztlich bereit, die Runde ohne die Singapur-Themen zu starten. Wenige Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 war ihnen ein Signal der weltweiten Einheit wichtig. Es zeichnete sich aber schnell ab, dass sie auf Regeln für die Singapur-Themen nicht wirklich verzichten wollten.

Versuche, derlei wieder auf die WTO-Tagesordnung zu setzen, scheiterten, und bald zeigten EU und USA wachsendes Interesse an bilateralen Handelsabkommen. Das prominenteste, aber nicht das einzige Beispiel ist die Trans-Pacific Partnership (TPP), auf die sich zwölf Regierungen 2015 geeinigt haben, die aber noch von den Parlamenten ratifiziert werden muss.

Spitzenpolitiker in Schwellenländern wissen überdies, dass US-Präsident Barack Obama ständig wiederholt, TPP solle globale Regeln festlegen, damit China und andere aufstrebende Mächte das nicht tun. Die Regierungen der Schwellenländer ärgert diese Art von Ausgrenzung.

Der wichtigste Aspekt ist aber, dass ein multilaterales Handelsregime allen dienen würde, weil die Regeln relativ einfach wären. Viele verschiedene Abkommen führen dagegen zu einer Regelkomplexität, die einer „Spaghetti-Schüssel“ gleicht, wie der prominente Ökonom Jagdish Bhagwati regelmäßig warnt (siehe E+Z/D+C 2011/12, S. 452 ff.). Wenn unterschiedliche Regeln gelten, je nach dem, welches Land involviert ist, profitieren davon in erster

Aus Sicht der Londoner Financial Times war es höchste Zeit, die Doha-Runde abzubrechen – unter anderem, weil die Volkswirtschaften der Schwellenländer in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten so rasant gewachsen seien, dass sie nicht mehr als Entwicklungsländer gelten könnten. Indische Zeitungen dagegen äußern tiefe Enttäuschung. Tatsächlich sind seit der Gründung der WTO im Jahr 1995 die Chancen der LDCs auf den Märkten der reichen Welt deutlich besser geworden, aber nicht die anderer Entwicklungsländer.

Das institutionelle Eigeninteresse der WTO ist beachtenswert. Durch den Abschluss neuer Abkommen hat sie bewiesen, dass sie für globale Regu-



picture-alliance/dpa

Tribüne

WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo und Kenias Außenministerin Amina Mohamed wollten die Relevanz der multilateralen Organisation unter Beweis stellen.

Ein weiteres Beispiel ist die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), über die EU und USA noch verhandeln.

TTIP und TTIP sind beide hoch umstritten. Eine Sorge ist, dass sie nicht nur die WTO, sondern auch entwicklungsfreundliche bilaterale Abkommen aushöhlen werden (siehe Clara Weinhardt und Florian Bohnenberger in E+Z/D+C e-Paper 2015/08, S. 34 f. und Theresa Krininger in E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 5). Kritiker urteilen, dass alle Staaten die Regeln werden befolgen müssen, die für die USA, die EU und Japan gelten, weil dies die wichtigsten Märkte sind. Eine andere Sorge ist, dass TTIP ausländischen Investoren so umfassende Rechte gewähren, dass nationale Gesetzesreformen kaum noch möglich sind (siehe Alan Robles in E+Z/D+C 2015/07, S. 40).

Linie teure Fachanwälte, welche sich die ärmsten Akteure nicht leisten können.

### Der Stand der Dinge

Der Welthandel ist eine hochkomplexe Angelegenheit. Die Einschätzungen darüber, was die Nairobi-Beschlüsse bedeuten, weichen deutlich voneinander ab. Joseph Stiglitz, der frühere Chefvolkswirt der Weltbank, bedauert das Ende der Doha-Runde und wirft der reichen Welt – und vor allem den USA – Egoismus vor. Aus Sicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind dagegen das Ende der Exportsubventionen für Agrargüter und die mögliche Bevorzugung der LDCs wertvolle Entscheidungen. Diese Urteile widersprechen sich nicht.

lierung relevant bleibt. Kritiker hatten zuletzt nur noch ihr Streitschlichtungssystem als wichtig bezeichnet, weil es Länder bestrafen kann, die WTO-Regeln brechen.

Dank des Eingeständnisses, dass über die Doha-Runda kein Konsens besteht, hat die WTO kleine, aber wichtige Fortschritte erzielt. Darauf kam es vermutlich WTO-General-Direktor Roberto Azevêdo und der kenianischen Außenministerin Amina Mohamed, als Gastgeberin des Gipfels und ehemaliger WTO-Funktionärin, besonders an. ←

**Link:**

**Bridges – International Centre for Trade and Sustainable Development:**

<http://www.ictsd.org/bridges-news/bridges/overview>

# Gestrampel beim Abgleiten

Alte Spannungen zwischen Saudi-Arabien und Iran wachsen weiter. Die Saudis haben mit der Hinrichtung eines hochrangigen schiitischen Geistlichen Öl ins Feuer gegossen.

By Maysam Behravesh

Sheikh Nimr Baqir al-Nimr, der am 2. Januar 2016 hingerichtet wurde, war ein prominenter schiitischer Theologe aus der Ostprovinz des Landes. Die Bevölkerung dieser ölreichen Gegend ist den Daten zufolge mehrheitlich schiitisch. Nimr wurde dort in einem Dorf 1959 geboren.

Um zu studieren, zog er 1979 nach Iran. Damals stürzten schiitische Revolutionäre Schah Reza Pahlevi und errichteten ein religiöses Regime. Nimr kehrte 1994 heim und wurde zum führenden schiitischen Geistlichen des Landes.

Er kritisierte das Königshaus – besonders in Hinsicht auf dessen Umgang mit der konfessionellen Minderheit. Er bestand auf Gewaltfreiheit, befürwortete aber Irans postrevolutionäres Prinzip der Führung durch den „Obersten Rechtsgelehrten“, der das letzte Wort hat. Zugleich äußerte sich Nimr aber kritisch über Syriens Präsident Bashar al-Assad und dessen Unterdrückung der Opposition. Iran unterstützt dagegen Assad.



Libanesischer Schiiten empört über den Tod von Nimr al-Nimr.

in der Hoffnung auf eine Reaktion, die ihm helfen würde, arabische Verbündete um sich zu scharen und die Verschiebung der regionalen Machtbalance zu bremsen oder sogar umzukehren.

Tatsächlich setzten Fanatiker die saudische Botschaft in Teheran in Brand. Präsident Hassan Rouhani verurteilte ihr Treiben, aber das Königshaus bekam, was es wollte: die Gelegenheit, sich als Opfer zu gerieren und arabische Ängste zu schüren.

Die Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien sind alt. Sie bestanden schon vor der iranischen Revolution, als der Schah als Gendarm des Westens im überwiegend arabischen Nahen und Mittleren Osten diente. Iran war den arabischen Nachbarn militärisch und ökonomisch überlegen.

Nach der Revolution wurden die Spannungen offensichtlich – und nahmen weiter zu. Nun wurden auch religiöse Ideologie und konfessionelle Differenzen wichtig. Arabische Regierungen nahmen Iran als aufstrebendes schiitisches Machtzentrum wahr, das seine Revolution exportieren und die regionale Ordnung verändern wollte. Herrscher sunnitischen Glaubens fühlten sich bedroht.

Um die Revolution einzudämmen, griff der autoritäre irakische Präsident

Saddam Hussein 1980 Iran an. Damals wurde er vom Westen unterstützt – sowie von Saudi-Arabien. Der blutige Krieg dauerte bis 1988 und verursachte schreckliches Leid. Iraner wissen auch noch, dass saudische Sicherheitskräfte 1987 mit schiitischen Demonstranten aneinandergerieten, wobei mehr als 400 Menschen starben. Die meisten waren Iraner.

Riad hat nun die diplomatischen Beziehungen zu Teheran abgebrochen und Bahrain, Sudan und Dschibuti auch dazu bewegen. Somalia hat sich angeschlossen, nachdem die Saudis dafür Entwicklungshilfe im Wert von 50 Millionen Dollar in Aussicht stellten.

Trita Parsi, der Gründer des National Iranian American Council in den USA, erkennt in der Politik von König Salman und seinem Sohn Muhammad, dem Verteidigungsminister, neues Draufgängertum. Ihr Handeln wirkt wie das überdrehte, reaktiv-aggressive Gestrampel eines sektiererischen Regimes, dessen Einfluss abgeleitet.

Westlichen Spitzenpolitikern ist klar, dass Iran und Saudi-Arabien beide an Bord sein müssen, damit internationale Verhandlungen den syrischen Bürgerkrieg beenden können und der militärische Kampf gegen ISIS gelingt. Ob das auch saudische Prioritäten sind, ist offen. Irans Bevölkerung freut sich derweil über den Abbau von Sanktionen.

Maysam Behravesh



forscht am Center for Middle Eastern Studies (CMES) an der Universität Lund in Schweden.

maysam.behravesh@gmail.com

## Debatte

Nimrs Hinrichtung muss im Kontext des sektiererischen Konflikts, den die Saudis anfachten, um ihre Macht zu festigen, gesehen werden. Relevant ist auch die geopolitische Rivalität zwischen dem Königreich und seinem historischen Widersacher, Iran, die sich heute in Bürgerkriegen in Syrien und Jemen sowie anderen Konflikten der Weltregion manifestiert.

Die Saudis beunruhigt die jüngste Annäherung von Iran und dem Westen. Das Abkommen über das Ende von Atomprogramm und vielen Wirtschaftssanktionen stärkt Teheran.

Das saudische Regime hat mit der Hinrichtung seiner schiitischen Minderheit gezeigt, dass es Opposition nicht duldet. Zugleich wollte es den Iran provozieren –

# Krise in der gesamten Region

Seit der höchst umstrittenen Wiederwahl des Präsidenten Pierre Nkurunziza versinkt Burundi in ein unüberschaubares Chaos. Gewalttätige Überfälle stehen auf der Tagesordnung. Es fehlen eine staatliche Ordnung und eine unabhängigen Berichterstattung durch Zivilgesellschaft und Medien.

Von Gesine Ames

Die Gewaltakteure sind in den meisten Fällen nicht identifiziert. Die staatliche Gewalt wird immer militanter und bewaffnete oppositionelle Gruppen reagieren mit Gegengewalt. Der Alltag der Bevölkerung erweist sich als untragbar. Auch sexuelle Übergriffe als Kriegswaffe nehmen zu. Die Regierung klärt Menschenrechtsverletzungen nicht auf.

Die Arbeit humanitärer Organisationen wird immer schwerer. Im November 2015 ließ der Innenminister die Konten von zehn Nichtregierungsorganisationen einfrieren. Büros und Stationen der freien Medien sind geschlossen und zum großen Teil zerstört. Über 230 000 Menschen sind aus Burundi in die Nachbarländer geflohen.

Die Entwicklung in Burundi kündigt eine Krise für die gesamte Region an. Die Versuchung, sich mit illegitimen Mitteln an der Macht zu halten, ist auch in den Nachbarländern hoch. Dabei verdeutlicht der Fall Burundi, welche Gefahr die Verantwortlichen eingehen, wenn sie das bestehende Grundgesetz aushöhlen. Verfassungen müssen als Regelwerk für den inneren Frieden respektiert werden. Sie dienen nicht dem Machtmissbrauch einzelner Personen sowie ihrer Entourage.

Trotz internationaler und regionaler Kritik, des Einfrierens von regierungsnahen Geldern und des Verhängens von Sanktionen lässt Präsident Nkurunziza nicht von seinem Kurs ab. Im Gegenteil, er reißt scheinbar bewusst alte Wunden auf und spielt die Bevölkerung gegeneinander aus. Immer wieder muss darauf hingewiesen werden, dass es nicht um einen ethnischen Konflikt geht, sondern um das kompromisslose Festhalten Nkurunzizas an der Macht.

Erstmals hat sich der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union

(AU) für die Entsendung einer 5000 Soldaten starken Friedenstruppe MAPROBU nach Burundi ausgesprochen. Als Reaktion darauf ließ Präsident Nkurunziza Ende Dezember verlauten, keine „fremde Invasion“ in seinem Land zu dulden. Nun benötigt die AU die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Staatschefs aus AU-Ländern, um die Mission tatsächlich umzusetzen. Wann und ob es ohne Zustimmung Burundis zu der Entsendung dieser notwendigen Mission kommt, ist ungewiss.

Währenddessen nehmen die Spannungen mit dem Nachbarland Ruanda zu. Beide Regierungen beschuldigen sich gegenseitig, Unruhe zu stiften und Milizen oder Putschisten zu beherbergen. Der Mediationsversuch zwischen burundischer Regierung und Opposition unter Federführung von Ugandas Präsident Yoweri Museveni zeugt bislang von wenig Erfolg. Zum einen ist Museveni umstritten. Die Tatsache, dass er selbst die ugandische Verfassung zum Erhalt seiner Macht geändert hat und die Begrenzung der Mandate aushebeln ließ, macht ihn für viele unglaubwürdig. Zum anderen zeigt sich bislang kaum Bereitschaft der burundischen Regierung, einen Kompromiss auszuhandeln. Nach einem fruchtlosen Treffen am 28. Dezember in Entebbe hat die burundische Regierung eine weitere Runde Anfang Januar 2016 abgesagt.

Eine Hoffnung liegt auf Tansania. Das politisch und wirtschaftlich regionale Schwergewicht hatte sich unter dem ehemaligen Präsidenten Jakaya Kikwete auf die Seite des burundischen Präsidenten gestellt. Welche Position der unter verfassungskonformen Regeln neu gewählte Präsident John Magufuli einnimmt, ist bislang noch unklar.

Klar ist, dass der regionale Druck auf die nicht legitim gewählte Regierung Burundis



AP Photo/picture-alliance

Trotz großer Gesten erreichte Ugandas Präsident Yoweri Museveni bei Friedensgesprächen in Entebbe keine Lösung der Burundi-Krise.

weiter zunehmen muss, um eine friedliche Lösung zu finden – unter ernsthaftem Einbezug sowohl der politischen als auch der zivilgesellschaftlichen Opposition. Bei der politischen Krise in Burundi handelt es sich aber nicht allein um eine afrikanische Angelegenheit – hier sind auch die internationalen Akteure gefragt. Benötigt wird eine gemeinsame Strategie der lokalen Akteure innerhalb der East African Community und der Afrikanischen Union.

Aber auch die internationale Gemeinschaft wie die EU und die UN sind gefragt, kohärent zu agieren und in Kooperation mit der AU eine Beobachter- und Schutzmission zu entsenden, um den alltäglichen Repressalien und dem Töten ein Ende zu bereiten. Von immenser Wichtigkeit zur Vermeidung weiterer politischer Krisen in der Region ist aber eine deutliche Auseinandersetzung mit der Kernfrage, ob Verfassungen zugunsten des Machterhalts einzelner Personen geändert werden dürfen. Dazu bedarf es bereits im Vorfeld klarer Standpunkte und Reaktionen – denn diese politischen und humanitären Krisen sind keine internen Angelegenheiten, sondern können einen überregionalen Flächenbrand auslösen.

## Debatte

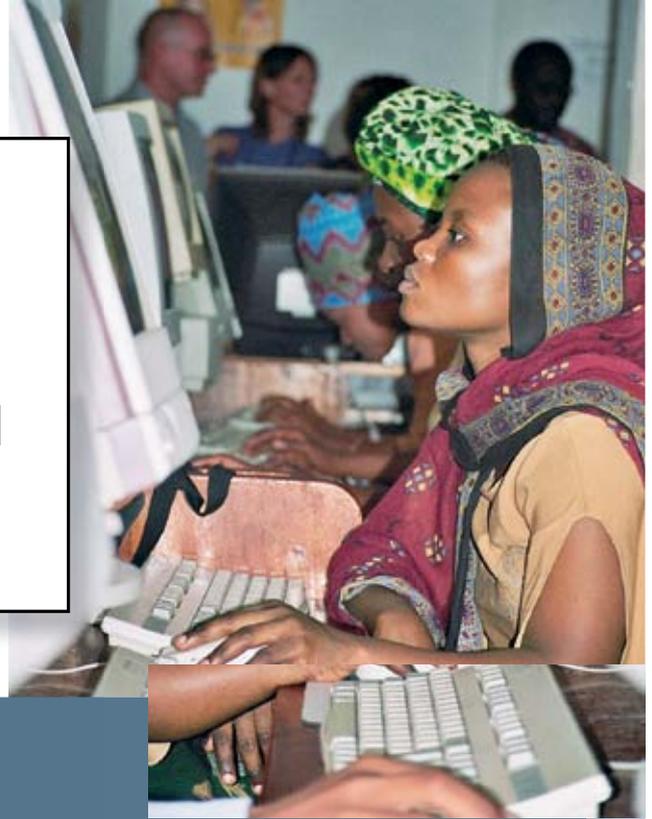
Gesine Ames



ist Koordinatorin des Ökumenischen Netzes Zentralafrika in Berlin.

office@oenz.de

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.EundZ.eu](http://www.EundZ.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

Ein Jahr täglich neue Beiträge

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

SOCIAL MEDIA

Keeping a check on politicians



UNVERZICHTBARE BILDUNG  
Weiter



Aktuelle Blog-Beiträge

- Vacations in times of terror
- USA should evaluate all government spending, not just ODA

Folgen Sie uns